Eine Förderung des Ministerums
für Generationen, Familie, Frauen
und Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen

GOE

Gesellschaft

für

Organisation und Entscheidung

„Vielfalt, Chancen und Potenziale - Integrationskonzept für Detmold“

Ergebnisse der Workshop-Arbeit zur Entwicklung des Integrationskonzeptes im Rahmen des Förderkonzeptes KOMM-IN NRW

Arbeitspapier

Nursemin Sönmez

Olga Gerstenberger

Nermin Cihan

Andreas Kämper

Februar 2008

GOE

GESELLSCHAFT FÜR ORGANISATION UND ENTSCHEIDUNG

Ritterstraße 19
33602 Bielefeld
Tel.: 0521-875 2222
eMail: goe@goe-bielefeld.de
www.goe-bielefeld.de

„Oh, Großer Geist, bewahre mich davor, über einen Menschen zu urteilen, ehe ich nicht eine Meile in seinen Mokassins gelaufen bin.“
(Gebet der Lakota-Indianer, Nordamerika)

„Ein Land mit nur einer Sprache und nur einer Sitte ist schwach und gebrechlich. Darum ehre die Fremden und hole sie ins Land.“
(Stefan I., König von Ungarn, 969-1038)

„Eine Kultur, die eine große Zahl von Menschen ausgrenzt, hat keine Zukunft und verdient auch keine.“
(Freund)

Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG 5

2 GRUNDLAGE DES PROJEKTAUFTRAGES 5

3 ABLAUF DES PROJEKTES „VIELFALT, CHANCEN UND POTENZIALE – INTEGRATIONSKONZEPT FÜR DETMOLD“ 6

4 VERLAUF UND VORGEHENSWEISE IN DEN WORKSHOPS 6

4.1 DIE HANDLUNGSFELDER „SPRACHFÖRDERUNG EINSCHLIEßLICH DER MUTTERSPRACHLICHEN FÖRDERUNG“; „FÖRDERUNG DER VORSCHULISCHEN, SCHULISCHEN UND BERUFLICHEN BILDUNG“ UND „STADTTEILORIENTIERTE/SOZIALRÄUMLICHE FÖRDERUNG DER INTEGRATION“ 7

4.2 WORKSHOP ZUM HANDLUNGSFELD „GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION UND PARTIZIPATION/ TEILHABE AM GESELLSCHAFTLICHEN, KULTURELLEN UND POLITISCHEN LEBEN“ 8

4.3 WORKSHOP ZUM HANDLUNGSFELD „INTERKULTURELLE AUSRICHTUNG DER VERWALTUNG“ 8

4.4 TEILNEHMERINNEN IN DEN WORKSHOPS 9

5 ZENTRALE WORKSHOP-ERGEBNISSE 9

5.1 HANDLUNGSFELDER 9

5.2 LEITZIELE UND TEILZIELE 10

6 MAßNAHMEN/ANGEBOTE 20

6.1 EINLEITUNG 20

6.2 HANDLUNGSFELD 1: SPRACHFÖRDERUNG EINSCHLIEßLICH DER MUTTERSPRACHLICHEN FÖRDERUNG 22

6.3 HANDLUNGSFELD 2A: FÖRDERUNG DER VORSCHULISCHEN, SCHULISCHEN UND BERUFLICHEN BILDUNG - KINDERGARTEN UND GRUNDSCHULE 32

6.4 HANDLUNGSFELD 2B: FÖRDERUNG DER VORSCHULISCHEN, SCHULISCHEN UND BERUFLICHEN BILDUNG - WEITERFÜHRENDE SCHULEN UND BERUFLICHE BILDUNG 39

6.5 HANDLUNGSFELD 3: STADTTEILORIENTIERTE/SOZIALRÄUMLICHE FÖRDERUNG DER INTEGRATION 46

6.6 HANDLUNGSFELD 4: GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION UND PARTIZIPATION/TEILHABE AM GESELLSCHAFTLICHEN, KULTURELLEN UND POLITISCHEN LEBEN 52

6.7 HANDLUNGSFELD 5: INTERKULTURELLE AUSRICHTUNG DER VERWALTUNG 56

7 ANHANG 58

1 Einleitung

Im Projekt „Vielfalt, Chancen und Potenziale – Integrationskonzept für Detmold“ wurden im Zeitraum von September 2007 bis Januar 2008 im Rahmen von mehreren Workshops zu fünf Handlungsfeldern Leitziele, Teilziele und Maßnahmen für ein Integrationskonzept der Stadt Detmold erarbeitet. Im Folgenden werden wir kurz die Grundlagen des Projektauftrages beschreiben, um anschließend den Verlauf und die angewendeten Methoden in den Workshops zu erläutern und die erarbeiteten Ergebnisse der Workshop-Arbeit darzustellen. Die Volkshochschule Detmold koordinierte und organisierte den kompletten Workshop-Prozess. Daher möchten wir uns an dieser Stelle herzlich für die unterstützende Arbeit von Frau Dr. Hädrich-Meyer (VHS) und Frau Dr. Meyer-Ehlert (VHS) bedanken. Unser besonderer Dank gilt vor allem den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Workshops für ihre geleistete Arbeit.

2 Grundlage des Projektauftrages

Auf Grund der Bestandsaufnahme der Stadt Detmold (Integration der in Detmold lebenden Migrantinnen und Migranten – Bestandsaufnahme der Projektgruppe Integration/Migration) und der Beschlüsse der entsprechenden Gremien sollten in Form von Workshops folgende Handlungsfelder bearbeitet werden:

- Sprachförderung einschließlich der muttersprachlichen Förderung (Handlungsfeld 1)
- Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung (Handlungsfeld 2)
- Stadtteilorientierte/sozialräumliche Förderung der Integration (Handlungsfeld 3)
- Gesellschaftliche Integration und Partizipation/Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben (Handlungsfeld 4)
- Interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung (Handlungsfeld 5)

Im Rahmen der Workshop-Arbeit galt es, entsprechend den Handlungsfeldern Ziele und Indikatoren zu definieren sowie die bestehenden Maßnahmen auf Kompatibilität zu den erarbeiteten Zielen zu überprüfen. Dabei sollte „bei den einzelnen Handlungsfeldern ... eine geschlechtersensible Herangehensweise gewählt werden, die die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Bedürfnisse von Frauen und Männern berücksichtigt und sich an dem Verfassungsgebot der Gleichstellung der Geschlechter orientiert“ (Integration der in Detmold lebenden Migrantinnen und Migranten – Bestandsaufnahme der Projektgruppe Integration/Migration, S. 34).

Da das Handlungsfeld 2 „Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung“ zu komplex war, wurde es in Absprache mit dem Auftraggeber in zwei Bereiche unterteilt:

- Handlungsfeld 2a „Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung - Kindergarten und Grundschule“
- Handlungsfeld 2b „Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung - weiterführende Schulen und berufliche Bildung“

3 Ablauf des Projektes „Vielfalt, Chancen und Potenziale – Integrationskonzept für Detmold“

Das Projekt „Vielfalt, Chancen und Potenziale – Integrationskonzept für Detmold“ startete am 22.08.2007 mit einer Auftaktveranstaltung in der Stadthalle der Stadt Detmold. Eingeladen waren neben dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung NRW, Herr Kufen und Herr Heller, Bürgermeister der Stadt Detmold, Personen aus den unterschiedlichen Fachbereichen der Stadtverwaltung, Vertreter von Freien Trägern der Wohlfahrtspflege, Parteien, Vereine, Institutionen etc., um sie für eine Mitarbeit in den Workshops zu gewinnen. Im Rahmen dieser Auftaktveranstaltung wurden der Auftrag, der geplante Ablauf und die Zielsetzung für die Workshop-Arbeit vorgestellt.

Begleitet wurde das Projekt durch eine verwaltungsinterne Lenkungsgruppe und eine Steuerungsgruppe. Teilnehmerinnen der verwaltungsinternen Lenkungsgruppe waren Frau Sandbothe (Fachbereichsleitung 2 - Jugend und Soziales), Frau Homeyer (Gleichstellungsbeauftragte), Frau Dr. Meyer-Ehlert (VHS) und Frau Dr. Hädrich-Meyer (VHS). Die Steuerungsgruppe war besetzt mit VertreterInnen der im Rat der Stadt Detmold vertretenen fünf Fraktionen, der Migrantenselbstorganisationen, des Ausländerbeirates, der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege, der Fachbereiche „Jugend und Soziales“, „Schule, Bildung und Sport“, „Stadtentwicklung“ und der Gleichstellungsbeauftragten. Die GOE hat an fast allen Sitzungen der beiden Gruppen teilgenommen.

4 Verlauf und Vorgehensweise in den Workshops

Der erste Workshop fand am 05.09.2007 und der letzte Workshop am 16.01.2008 statt. Insgesamt wurden 22 Workshops durchgeführt. In den Handlungsfeldern

- „Sprachförderung einschließlich der muttersprachlichen Förderung“ (Handlungsfeld 1)
- „Schulische und berufliche Bildung – Weiterführende Schulen und berufliche Bildung“ (Handlungsfeld 2b)
- „Stadtteilorientierte/sozialräumliche Förderung der Integration“ (Handlungsfeld 3) und
- „Interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung“ (Handlungsfeld 5)

fanden jeweils vier Workshops statt.
In den verbleibenden zwei Handlungsfeldern - „Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung - Kindergarten und Grundschule“ (Handlungsfeld 2a) und „Gesellschaftliche Integration und Partizipation/ Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“ (Handlungsfeld 4) – fanden je drei Workshops statt.

Zu Beginn der Workshop-Arbeit stand eine Diskussion und Verständigung auf eine Definition des Begriffs „Personen mit Migrationshintergrund“. Ergebnis der Diskussion war, dass eine Person einen Migrationshintergrund hat, wenn

- sie jünger als 25 Jahre ist und selbst oder mindestens ein Elternteil oder mindestens ein Großelternpaar eingewandert ist oder
- sie zwischen 25 und 50 Jahre ist und selbst oder mindestens ein Elternteil eingewandert ist oder
- sie 50 Jahre und älter und selbst eingewandert ist.

Zu beachten ist, dass bei der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe nicht von einer homogenen Gruppe mit gleichen Interessen, Bedürfnissen etc. ausgegangen werden kann. Die Zielgruppe der Personen mit Migrationshintergrund ist eine sehr heterogene Gruppe.

4.1 Die Handlungsfelder „Sprachförderung einschließlich der muttersprachlichen Förderung"; „Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung" und „Stadtteilorientierte/sozia-lräumliche Förderung der Integration"

Im ersten Durchgang der Workshops wurden Leitziele für die Integrationsarbeit in Detmold erarbeitet. Im zweiten Durchlauf wurden die Teilziele zu den jeweiligen Leitzielen und in der dritten Runde Maßnahmen zu den Teilzielen erarbeitet.

Im ersten Arbeitsschritt des jeweils ersten Workshops dieser vier Handlungsfelder wurden die TeilnehmerInnen gebeten, Faktoren, die einer gelingenden Integration im Wege stehen, auf einzelnen Metaplankarten aufzuschreiben. Die Ergebnisse dieser Kartenabfrage wurden vier unterschiedlichen Teilbereichen und zwar „Individuum", „gesellschaftliche Teilsysteme", „Kontexte/Lebenswelten" sowie „professionelles Hilfesystem" zugeordnet.
Nach einer ersten Durchsicht und der anschließenden Diskussion im Plenum wurden im zweiten Arbeitsschritt von den TeilnehmerInnen in Kleingruppen auf der Grundlage der erarbeiteten Faktoren (Hindernisse oder Hemmnisse) Ziele definiert. Als Zieldefinition wurde folgende Vorgabe der Moderation verwendet: Ein Ziel ist ein in der Zukunft liegender, angestrebter Zustand (Soll-Zustand).

Die von den Workshop-TeilnehmerInnen erarbeiteten „Zielstichwörter" und „Zielwendungen" wurden von der GOE sorgfältig gesichtet, geordnet und zu Leitzielen zusammengefasst. Diese Leitziele bildeten die Arbeitsgrundlage für die zweite Workshop-Runde zur Teilzielentwicklung. In dieser Workshop-Runde wurden zu Beginn die von der GOE erarbeiteten Leitziele vorgestellt und zur Diskussion gestellt. In einigen Fällen wurden die Leitziele im Plenum modifiziert. Für diese Leitziele sind anschließend - nach einer entsprechenden Anleitung der GOE - in den „Leitzielkleingruppen" Teilziele und Indikatoren definiert worden. Ergänzt wurden die Teilziele um die jeweiligen Zielgruppen oder Zielbereiche. Für die Arbeit zu und mit den Teilzielen wurden zwei Sitzungen benötigt.

In der dritten Workshop-Runde wurden in den jeweiligen Handlungsfeldern konkrete Maßnahmen zu den Teilzielen erarbeitet. Als Vorbereitung dieser Workshop-Runde hatte die GOE Maßnahmen aus der Bestandsanalyse 2005 „Integration der in Detmold lebenden Migrantinnen und Migranten - Bestandsaufnahme der Projektgruppe Integration/Migration" den jeweiligen Teilzielen zugeordnet. Als Maßnahmendefinition wurde folgende Definition verwendet: Maßnahmen sind Handlungen, Aktivitäten, Projekte etc., um das Ziel zu erreichen.

Die Arbeit in der Phase der Maßnahmenbestimmung erforderte mehrere Teilschritte. Zunächst haben die Workshop-TeilnehmerInnen in den jeweiligen Kleingruppen sich darauf verständigt, ob die dokumentierten Maßnahmen aus der Bestandsanalyse 2005 noch aktuell sind und ob es derzeit weitere Maßnahmen zu den jeweiligen Teilzielen in Detmold gibt. Anschließend wurden die Maßnahmen hinsichtlich ihrer Qualität und ihrer Potenziale zur Zielerreichung bewertet und gegebenenfalls Änderungen vorgeschlagen. Falls keine Maßnahmen oder nicht ausreichende Maßnahmen zu den jeweiligen Teilzielen vorlagen, haben die TeilnehmerInnen im nächsten Arbeitsschritt ergänzende Maßnahmenvorschläge in ihren Kleingruppen erarbeitet.

4.2 *Workshop zum Handlungsfeld „Gesellschaftliche Integration und Partizipation/ Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“*

Im ersten Workshop wurden als die vier wichtigsten Partizipationsbereiche von den TeilnehmerInnen „Bildung“, „Kultur/Religion/Freizeit“, „Arbeit“ und „Politik“ benannt. Da laut politischem Beschluss das Thema „Arbeit“ zum jetzigen Zeitpunkt der Entwicklung eines Integrationskonzeptes kein Handlungsfeld ist und die Handlungsfelder 2a und 2b das Thema „Bildung“ bearbeiteten, wurde mit der Lenkungsgruppe entschieden, im Handlungsfeld „Partizipation“ folgende vier Bereiche weiter zu bearbeiten:

- Religion,
- Freizeit und Kultur,
- Gesundheit und
- Kommunalpolitik.

Zu Beginn des zweiten Workshops - nach einer Erläuterung der veränderten Partizipationsbereiche - haben die TeilnehmerInnen im ersten Arbeitsschritt in einer Gruppenarbeit die vier wichtigsten Teilhabe-/Teilnahmemöglichkeiten für die obigen vier Partizipationsbereiche bestimmt. Im nächsten Arbeitsschritt haben sie - wie auch in den anderen Workshops - die jeweiligen Faktoren erarbeitet, die die Teilhabe und den Zugang von Personen mit Migrationshintergrund an den jeweiligen Teilnahmeoptionen verhindern oder erschwerten. Ausgehend von dieser Fragestellung haben sie anschließend auf der Basis der vorher erarbeiteten Faktoren Ziele definiert.

Angesichts der knappen Zeit hat die GOE auf der Grundlage der erarbeiteten „Zielstichwörter“ Vorschläge für entsprechende Leitziele und Teilziele entwickelt. Diese Vorschläge wurden im dritten Workshop diskutiert, zum Teil modifiziert und bildeten dann die Grundlage für die Maßnahmenbestimmung.

4.3 *Workshop zum Handlungsfeld „Interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung“*

Im ersten Schritt des ersten Workshops wurden die Antworten der TeilnehmerInnen aus dem Plenum zur Frage „Was sind die Vorteile einer interkulturellen Ausrichtung der Verwaltung in Detmold?“ an der Tafel nach Vorteilen für die Verwaltung und Vorteilen für die Personen mit Migrationshintergrund gesammelt und sortiert. Im zweiten Arbeitsschritt haben die Workshop-TeilnehmerInnen in 2er-Teams zu der Kartenabfrage „Was sind die Hindernisse für eine interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung der Stadt Detmold“ gearbeitet. Die Ergebnisse wurden in die Bereiche „Individuum“, „(Mehrheits-)Gesellschaft“ und „Verwaltung“ kategorisiert. Auf der Grundlage der zuvor erarbeiteten Hindernisse oder Hemmnisse haben die TeilnehmerInnen im dritten Arbeitsschritt Zielvorschläge für eine interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung der Stadt Detmold erarbeitet.

Im zweiten Workshop wurden die Ergebnisse des ersten Workshops diskutiert, ergänzt und dadurch optimiert.

Ebenfalls aus Zeitgründen hat die GOE auf der Grundlage der erarbeiteten Ziele und der Ergebnisse des zweiten Workshops Vorschläge für entsprechende Leitziele und Teilziele entwickelt. Diese Vorschläge wurden im dritten Workshop diskutiert und zum Teil

modifiziert. Die festgelegten Teilziele bildeten im vierten Workshop die Grundlage für die Maßnahmenbestimmung.

4.4 TeilnehmerInnen in den Workshops

Die Zusammensetzung der TeilnehmerInnen in den einzelnen Handlungsfeldern war bzgl. Migrationshintergrund, beruflicher Funktion etc. sehr heterogen. Folgende Institutionen waren an der Arbeit beteiligt: Tageseinrichtungen für Kinder, Grundschulen, weiterführende Schulen, sonstige Bildungseinrichtungen, Freie Träger der Wohlfahrtspflege, Beratungseinrichtungen, Initiativen, Migrantenselbstorganisationen, Religionsgemeinden (christliche und muslimische Gemeinden); Heimatvereine, Kreis Lippe, Ratsfraktionen, Ortsvorsteher, Ausländerbeirat, Gleichstellungsstelle, Volkshochschule und unterschiedliche Fachbereiche der Stadtverwaltung (eine Liste aller teilnehmenden Institutionen etc. befindet sich im Anhang).
Die Teilnahme an den einzelnen Workshops variierte zwischen acht und 31 Personen, wobei im Durchschnitt zwischen 15 und 20 Personen an den Sitzungen teilnahmen.

Dem Auftraggeber und der GOE war es wichtig, für die Workshop-Arbeit eine hohe Beteiligung von Migrantenselbstorganisationen, Religionsgemeinden und anderen interessierten Personen mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Dies hatte unterschiedliche Beweggründe. Denn neben der Förderung des Dialogs innerhalb der Workshops sind das Wissen und die Erfahrungen dieser Personen und Personengruppe ein unterstützender Faktor für eine erfolgreiche Arbeit in den Workshops. Rückblickend kann gesagt werden, dass das Vorhaben gelungen ist.

5 Zentrale Workshop-Ergebnisse

5.1 Handlungsfelder

Die Verbesserung der „Sprachkompetenz“ wurde in allen Handlungsfeldern als ein Faktor für eine erfolgreiche Integration gesehen. Zentral bearbeitet wurde dieses Thema im Handlungsfeld 1 **„Sprachförderung einschließlich der muttersprachlichen Förderung“**. In diesem Handlungsfeld wurde dem Erwerb der deutschen Sprache wie auch dem Erwerb der jeweiligen Muttersprache eine hohe Relevanz zuerkannt. Denn die Sprachkompetenz ist als ein wichtiger Zugangsfaktor für eine erfolgreiche Bildungs- und Berufslaufbahn sowie die gesellschaftliche Integration zu betrachten.

Die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist eines der bedeutendsten Handlungsfelder für die Integrationsarbeit. In den Handlungsfeldern der Workshops 2a **„Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung – Kindergarten und Grundschule“** und 2b **„Förderung der vorschulischen, schulischen und berufliche Bildung – weiterführende Schulen und berufliche Bildung“** sind die Ziele und die Maßnahmen zu diesem Bereich erarbeitet, die neben einer Verbesserung des Schulalltages eine Förderung der Kinder in ihrer vorschulischen und schulischen Laufbahn sowie die Förderung und Herstellung von Chancengerechtigkeit zum Ziel haben. Denn insbesondere aufgrund der hohen Anzahl von SchülerInnen mit Migrationshintergrund in Haupt- und Förderschulen und einer vergleichsweise niedrigen Anzahl an Gesamt-, Realschulen und Gymnasien ist ein hohes Defizit auf der Bildungsebene in Detmold zu erkennen (Integration der in Detmold lebenden Migrantinnen und Migranten - Bestandsaufnahme der Projektgruppe Integration/Migration,

S. 9 ff). Darüber hinaus verstärkt die überproportional hohe Quote von SchülerInnen mit Migrationshintergrund ohne einen Schulabschluss (siehe Demographie-Bericht 2006 Stadt Detmold, S. 27) den dringenden Handlungsbedarf.
Folglich sollte die Förderung der SchülerInnen mit Migrationshintergrund - wie bereits in den Workshop-Ergebnissen erarbeitet - als ein wesentlicher Schwerpunkt der kommunalen Integrationsarbeit betrachtet werden. An diesem Punkt ist kritisch anzumerken, dass die strukturelle Diskriminierung von Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt von den TeilnehmerInnen in den Workshops kaum bearbeitet wurde. Der Abbau von Diskriminierungen im Bildungssektor und auf dem Ausbildungsmarkt ist aber wesentliche Bedingung für eine gelingende Integration.

In diesem Zusammenhang sei ebenfalls angemerkt, dass von einigen Workshop-TeilnehmerInnen kritisch geäußert wurde, dass der Auftraggeber die Arbeitsmarktintegration nicht als Handlungsfeld definiert hat[1], die Arbeitsmarktintegration von Personen mit Migrationshintergrund aus Sicht dieser Workshop-TeilnehmerInnen aber eine notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist. Die Workshop-TeilnehmerInnen baten darum, bei der Fortsetzung des Prozesses dieses Thema zu bearbeiten.

Zum Handlungsfeld 5 **„Interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung“** ist anzumerken, dass die interkulturelle Ausrichtung von Einrichtungen auch in den anderen Handlungsfeldern bearbeitet wurde. Denn die interkulturelle Ausrichtung von Institutionen ist ein wichtiger Faktor für die Gewährleistung einer bedarfsgerechten und effektiven Arbeit der Einrichtungen. Im Fall der interkulturellen Ausrichtung von relevanten Einrichtungen wurde neben den jeweiligen fachlichen Kompetenzen und Sensibilitäten des Personals auch eine Anpassung an die Bedürfnisse und Belange der Personen mit Migrationshintergrund als Ziel benannt.

Hier ist vor allem die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung auf die entsprechende Zielgruppe zu betonen, um die Effektivität und bedarfsgerechte Dienstleistung auf der kommunalen Ebene zu gewährleisten. Dabei ist neben den interkulturellen Kompetenzen der MitarbeiterInnen auch die verstärkte Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund erforderlich. Diese Notwendigkeit ist auch für andere nichtkommunale Einrichtungen und Dienste ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Arbeit mit Personen mit Migrationshintergrund.

5.2 Leitziele und Teilziele

Die große Anzahl und Bandbreite der Leitziele resultiert aus der Vielzahl der in den Workshops genannten Schwierigkeiten und Faktoren, die einer gelingenden Integration entgegenstehen, und der damit zusammenhängenden großen Zahl von „Zielstichwörtern“, die wir zu Leitzielen zusammengefasst haben. Dies hatte zur Folge, dass dort, wo die Leitziele mehrere Handlungsfelder betrafen, aus inhaltlichen Gründen nicht alle festgelegten Leitziele bearbeitet wurden. So wurde z.B. das Leitziel „Das Zusammenleben der EinwohnerInnen wird unabhängig von ihrer kulturellen und religiösen Herkunft friedlich gestaltet“ im Handlungsfeld „Sprachförderung“ bezüglich der Definition von Teilzielen nicht weiter bearbeitet.

Das Leitziel **„Das Bildungssystem und das professionelle Hilfesystem sind interkulturell ausgerichtet“** (Nr. 1) wurde in drei von fünf Handlungsfeldern thematisiert (siehe folgende Tabelle). Diese Tatsache signalisiert einen hohen Bedarf an notwendigen Veränderungen in

[1] Die Begründung des Auftraggebers für die derzeitige Nichtberücksichtigung eines Handlungsfeldes „Arbeit“ ist, dass die Einflussmöglichkeiten der Kommune auf die Erwerbsarbeit begrenzt sind.

den Bildungseinrichtungen, ohne die eine erfolgreiche Bildungsarbeit nicht umgesetzt werden kann.

Das Leitziel **„Eltern mit Migrationshintergrund werden befähigt ihre Kinder aktiv während ihrer Bildungslaufbahn zu fördern“** (Nr. 2) betrifft drei Handlungsfelder. Darin drückt sich die Bedeutung der Eltern aus, aber auch gleichzeitig die Notwendigkeit, ihnen Unterstützung anzubieten, ohne die sie ihre Kinder nicht fördern können. Dies wiederum hat Auswirkungen auf das Bildungssystem.

Das Leitziel **„Das Zusammenleben der EinwohnerInnen wird unabhängig von ihrer kulturellen und religiösen Herkunft friedlich gestaltet“** (Nr. 3) wurde in drei von fünf Handlungsfeldern genannt. In der Workshop-Arbeit stellt sich die Definition von konkreten Teilzielen inklusive entsprechender Indikatoren und der Entwicklung von Maßnahmen als schwierig und komplex dar. In diesem Widerspruch offenbart sich anscheinend eine gesellschaftliche Realität, von der wir glauben, dass sie jeder von uns kennt: einerseits die Ursachen für eine noch nicht gelungene und erfolgreiche Integration zu kennen als auch eine Vorstellung davon zu haben, wie eine erfolgreiche Integration „ablaufen“ und gestaltet werden könnte. Andererseits scheinen jedoch größere Schwierigkeiten zu bestehen, dieses auch konkret und handlungsleitend auszugestalten.

Im Leitziel **„Es wird eine Stadt(teil)entwicklung des sozialen Ausgleichs durchgeführt“** (Nr. 4), das in zwei Handlungsfeldern genannt wird, spiegelt sich die Realität von innerethnischen Wohngebieten wider. Diese Art der Segregation in den Städten hat es immer gegeben und wird es auch immer geben. Wichtig ist jedoch im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik, dieses wahrzunehmen und damit umzugehen, indem eine Politik des sozialen Ausgleichs betrieben wird. Dies bezieht sich innerhalb der Wohngebiete auf unterschiedliche Personengruppen, auf die Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen, Bildungseinrichtungen etc. und gilt auch für den Ausgleich zwischen den Wohngebieten (in denen städtische Integrationsarbeit geleistet wird) und der Gesamtstadt.

Die Einrichtung eines **interkulturellen Büros für Integrationsangelegenheiten** wurde sowohl als Teilziel als auch in mehreren Handlungsfeldern als Maßnahme genannt. Dieses unterstreicht aus Sicht der Workshop-TeilnehmerInnen die Bedeutung solch einer Einrichtung für den Integrationsprozess und sollte bei der Umsetzung erster Maßnahmen entsprechend berücksichtigt werden.

Um das System aus Leitzielen und Teilzielen überschaubar und handhabbar zu gestalten, haben wir bei den Teilzielen und Leitzielen Ziele, die thematisch ähnlich waren oder doppelt genannt wurden, zusammengefasst. So konnten die ursprünglich 28 Leitziele auf 20 Leitziele reduziert werden.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der 20 Leitziele auf die fünf Handlungsfelder. Die anschließenden Tabellen zeigen die Zuordnung der 164 Teilziele zu den 20 Leitzielen.

Stadt Detmold, Integrationskonzept, Handlungsfelder (HF) und Leitziele					
Sprachförderung einschließlich der muttersprachlichen Förderung - HF 1	**Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung – Kindergarten und Grundschule - HF 2a**	**Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung – weiterführende Schulen und berufliche Bildung - HF 2b**	**Stadtteilorientierte/sozial-räumliche Förderung der Integration - HF 3**	**Gesellschaftliche Integration und Partizipation/Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben - HF 4**	**Interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung - HF 5**
Das Bildungssystem und das professionelle Hilfesystem sind interkulturell ausgerichtet (1)					
Eltern mit Migrationshintergrund werden befähigt ihre Kinder aktiv während ihrer Bildungslaufbahn zu fördern (2)					
	Das Zusammenleben der EinwohnerInnen wird unabhängig von ihrer kulturellen und religiösen Herkunft friedlich gestaltet (3)				
	Es wird eine Stadt(teil)ent-wicklung des sozialen Ausgleichs durchgeführt (4)		Es wird eine Stadt(teil)ent-wicklung des sozialen Ausgleichs durchgeführt (4)		
Verbesserung der Sprachkompetenz - Deutsch (5)	Kinder mit Migrationshintergrund werden in ihrer vorschulischen und schulischen Laufbahn verstärkt gefördert (8)	Verbesserung der Qualität des Schulalltags (10)	Die Teilnahmemöglichkeiten an wohngebietsbezogenen Aktivitäten werden verbessert (12)	Es gibt einen regen Austausch zwischen den Glaubensgemeinschaften (14)	Die Stadtverwaltung ist auf die Lebenslagen ihrer EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund ausgerichtet (18)
Verbesserung der Sprachkompetenz - Muttersprache (6)	Eltern mit Migrationshintergrund unterstützen ihre Kinder, ein Leben zu führen, das durch Gleichberechtigung, Selbstbestimmung etc. geprägt ist (9)	Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erfahren Chancengerechtigkeit in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung (11)	Die Teilnahmebereitschaft an wohngebietsbezogenen Aktivitäten wird gefördert (13)	Personen mit Migrationshintergrund nutzen die attraktiven Freizeit- und Kulturangebote (15)	Verbesserung des Zugangs von EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund zur Stadtverwaltung (19)
Verbesserung der Qualität der Deutschkurse (7)				Das Gesundheitswesen[2] ist auf die Bedürfnisse der Personen mit Migrationshintergrund ausgerichtet (16)	Konstruktive Kommunikation und Kooperation der Verwaltung mit verwaltungsexternen Akteuren (20)
				Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich in der Kommunalpolitik (17)	

[2] Zum Gesundheitswesen zählen auch Selbsthilfegruppen, Initiativen etc.

Leitziel 1: Das Bildungssystem und das professionelle Hilfesystem sind interkulturell ausgerichtet

Nr.	Teilziele
1.	Verbesserte Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen bezüglich des Themas „Interkulturelle Kompetenz“
2.	In der ErzieherInnenfortbildung werden interkulturelle Kompetenzen entwickelt und gefördert
3.	In der LehrerInnenfortbildung werden interkulturelle Kompetenzen entwickelt und gefördert
4.	Die ErzieherInnen haben die Kompetenz, individuell auf die Kinder zuzugehen
5.	Die LehrerInnen haben die Kompetenz, individuell auf die Kinder zuzugehen
6.	Zwischen den ErzieherInnen und den Eltern ist ein kontinuierlicher Dialog gegeben
7.	Zwischen den LehrerInnen und den Eltern ist ein kontinuierlicher Dialog gegeben
8.	Die MitarbeiterInnen in den Tageseinrichtungen für Kinder verfügen über interkulturelle Kompetenzen
9.	Die MitarbeiterInnen in den Grundschulen verfügen über interkulturelle Kompetenzen
10.	Die MitarbeiterInnen in Erziehungsberatungsstellen verfügen über interkulturelle Kompetenzen
11.	Gemeinsamer Austausch zwischen Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen
12.	Kontinuierlich mehr Fortbildungen für LehrerInnen zum Thema „Interkulturelle Kompetenzen“ in jedem Schuljahr
13.	Vermehrte interkulturelle Gestaltung von Lerncurricula/Inhalten der Unterrichtsfächer durch die LehrerInnen
14.	Vermehrte Durchführung von Projekten mit interkulturellem Inhalt in Kooperation mit Schulen

Leitziel 2: Eltern mit Migrationshintergrund werden befähigt ihre Kinder aktiv in ihrer Bildungslaufbahn zu fördern

Nr.	Teilziele
15.	Mehr Eltern mit Migrationshintergrund werden in die Klassenpflegschaften gewählt
16.	Mehr Eltern mit Migrationshintergrund werden in die Schulpflegschaften gewählt
17.	Mehr Eltern mit Migrationshintergrund werden in die Kitaräte gewählt
18.	Mehr Eltern mit Migrationshintergrund beteiligen sind an der Hausaufgabenbetreuung
19.	Mehr Eltern mit Migrationshintergrund nehmen an den Elternabenden teil
20.	Mehr Eltern mit Migrationshintergrund nehmen an den Bildungsgesprächen bezüglich ihrer Kinder teil
21.	Mehr Eltern mit Migrationshintergrund nehmen an familienspezifischen Veranstaltungen teil
22.	Die Eltern/EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund sind über das Bildungssystem informiert
23.	Mehr Eltern mit Migrationshintergrund nehmen an Bildungsveranstaltungen (VHS/Selbstlernzentrum etc.) teil
24.	Es gibt niedrigschwellige und kostenlose Elternkurse zur Stärkung der Erziehungskompetenzen
25.	Die Eltern sind sicherer im Umgang/Austausch mit den Tageseinrichtungen für Kinder
26.	Eltern sind sicherer im Umgang/Austausch mit den Grundschulen
27.	Es gibt zweisprachige Seminare (das bedeutet mit Beteiligung von DozentInnen mit Migrationshintergrund) zu elternrelevanten Themen
28.	Eltern mit Migrationshintergrund sind bezüglich der schulischen und beruflichen Ausbildung ihrer Kinder besser informiert
29.	Stärkere Hervorhebung der Relevanz von schulischer und beruflicher Ausbildung im Rahmen entsprechender Informationen, insbesondere für Mädchen
30.	Verbesserung der Art und Weise der Übermittlung von Informationen für Eltern im Rahmen der schulischen und beruflichen Ausbildung ihrer Kinder
31.	Verbesserung der Eltern-Beratungsarbeit
32.	Vermehrte Eltern-Beratungsarbeit

Leitziel 3: Das Zusammenleben der EinwohnerInnen wird unabhängig von ihrer kulturellen und religiösen Herkunft friedlich gestaltet (2a, 3)

Nr.	Teilziele
33.	Gewaltfreies Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen
34.	Die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verfügen über Kenntnisse zur Religion, Kultur etc. der jeweiligen anderen Bevölkerungsgruppen
35.	Die Mitglieder der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen achten einander
36.	Personen mit Migrationshintergrund haben ein verstärktes Zugehörigkeitsgefühl zu Detmold und der Bevölkerung
37.	EinwohnerInnen sind über die Werteordnung des Grundgesetzes aufgeklärt (Menschen- und Bürgerrechte)
38.	Personen mit und ohne Migrationshintergrund entdecken ihre gemeinsamen Interessen
39.	Im Stadtteil gibt es interessante Themenabende und Diskussionsrunden für die BewohnerInnen (innerethnische und interethnische Gruppen)
40.	Vorurteile auf beiden Seiten werden abgebaut
41.	Personen mit Migrationshintergrund sind in der lokalen Medienarbeit aktiv

Leitziel 4: Eine Stadt(teil)entwicklung des sozialen Ausgleichs betreiben

Nr.	Teilziele
42.	Etablierung der Grundschule als „Schule des Stadtteils“ (Stadtteilschule)
43.	Etablierung der Tageseinrichtungen für Kinder/der Familienzentren als stadtteilbezogene Begegnungszentren
44.	Es gibt eine professionelle Kommunikationsstruktur zwischen den relevanten Akteuren etc.
45.	Die Kommunikation zwischen den relevanten Akteuren etc. wird gefördert
46.	Etablierung von freien (selbst verwalteten) Jugend- und Kulturzentren in allen Stadtteilen
47.	Eröffnung von Ausstiegsmöglichkeiten (aus innerethnischen Wohnbeziehungen) seitens der Wohnungsbauförderung für Personen/Haushalte mit Migrationshintergrund
48.	Eröffnung von Ausstiegsmöglichkeiten (aus innerethnischen Wohnbeziehungen) seitens der Wohnungsunternehmen für Personen/Haushalte mit Migrationshintergrund
49.	Eröffnung von Einstiegsmöglichkeiten für Personen/Haushalte ohne Migrationshintergrund in Wohngebäude mit Personen mit Migrationshintergrund (lebenslagenbezogene Bewohnerstrukturen)
50.	Konsequente, integrative Stadtentwicklung betreiben
51.	Aufgaben der Stadtentwicklung neu definieren
52.	Eine verbesserte bedarfsgerechte Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, Kinderbetreuung, medizinische Versorgung, Begegnungsstätten etc.) vorhalten, die die Stadtteile interessant macht
53.	Im Stadtteil gibt es ein professionelles Stadtteilmanagement
54.	Projekte in Tageseinrichtungen für Kinder, die den sozialen Ausgleich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Stadtteil und der Gesamtstadt zum Ziel haben, werden gefördert
55.	Projekte in Grundschulen, die den sozialen Ausgleich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Stadtteil und der Gesamtstadt zum Ziel haben, werden gefördert
56.	Förderung von Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, da sie Integrationsaufgaben für die Gesamtstadt übernehmen
57.	Im Stadtteil gibt es eine professionelle Beratung
58.	Arbeitslose und SeniorInnen werden vermehrt im Bildungsbereich gefördert (Bewerbungstraining etc.)

Leitziel 5: Verbesserung der Sprachkompetenz - Deutsch

Nr.	Teilziele
59.	Es sind in der wohnortnahen Umgebung ausreichend Plätze in Tageseinrichtungen vorhanden
60.	In den Tageseinrichtungen für Kinder (3 - 6-jährige) gibt es verbesserte Angebote für eine individuelle Sprachförderung
61.	In den Tageseinrichtungen für Kinder (3 - 6-jährige) gibt es mehr Angebote für eine individuelle Sprachförderung
62.	In den Grundschulen gibt es verbesserte Angebote für eine individuelle Sprachförderung
63.	In den Grundschulen gibt es mehr Angebote für eine individuelle Sprachförderung
64.	In den weiterführenden Schulen gibt es verbesserte Angebote für eine individuelle Sprachförderung
65.	In den weiterführenden Schulen gibt es mehr Angebote für eine individuelle Sprachförderung
66.	Es gibt verbesserte Sprachförderangebote für Eltern mit Migrationshintergrund
67.	Es gibt mehr Sprachförderangebote für Eltern mit Migrationshintergrund
68.	Jugendliche mit Migrationshintergrund sind für die Relevanz der Beherrschung der deutschen Sprache sensibilisiert
69.	Eltern mit Migrationshintergrund sind für die Relevanz der Beherrschung der deutschen Sprache sensibilisiert
70.	ArbeitgeberInnen sind für die Motivation der ArbeitnehmerInnen Deutsch zu lernen, sensibilisiert
71.	Es werden Deutschkurse für ArbeitnehmerInnen etabliert (möglichst homogene Zusammensetzung – ArbeitnehmerInnen aus einem Betrieb)
72.	Eltern mit Migrationshintergrund wird die Relevanz der deutschsprachigen Medien beim Spracherwerb verdeutlicht

Leitziel 6: Verbesserung der Sprachkompetenz - Muttersprache

Nr.	Teilziele
73.	In den Tageseinrichtungen für Kinder arbeiten mehr ErzieherInnen mit muttersprachlichen Kompetenzen
74.	In den Tageseinrichtungen für Kinder gibt es mehr muttersprachliche Förderung
75.	In den Grundschulen gibt es muttersprachlichen Unterricht
76.	In den weiterführenden Schulen gibt es muttersprachlichen Unterricht
77.	Es gibt ein Angebot an muttersprachlichem Unterricht für Kinder und Jugendliche außerhalb des regulären Schulunterrichts in verschiedenen Einrichtungen (wie Kulturvereine etc.)
78.	Der muttersprachliche Unterricht - außerhalb des regulären Schulunterrichts - wird in den einzelnen Einrichtungen gefördert
79.	Das Angebot an Fremdsprachen wird in den weiterführenden Schulen um „Muttersprachen“ erweitert

Leitziel 7: Verbesserung der Qualität der Deutschkurse

Nr.	Teilziele
80.	Es gibt mehr Informationen über aktuelle Deutschkurse
81.	Es gibt qualifiziertere Informationen über aktuelle Deutschkurse
82.	Verbesserte Einstufung der DeutschkursteilnehmerInnen in die einzelnen Kursstufen
83.	Bessere Finanzierung der Sprachkurse, um eine größere und differenziertere Kursvielfalt erreichen zu können
84.	Es gibt qualifizierte Weiterbildungsangebote für die Lehrkräfte
85.	Die Lehrkräfte sind qualifiziert (DaF, DaZ)

Leitziel 8: Kinder mit Migrationshintergrund werden in ihrer vorschulischen und schulischen Laufbahn verstärkt gefördert

Nr.	Teilziele
86.	Es gibt eine verstärkte Hausaufgabenbetreuung in der Grundschule
87.	GrundschülerInnen können ein kostenloses Nachhilfeangebot wahrnehmen
88.	Arbeitsmaterialien in den Tageseinrichtungen für Kinder werden von den Kindern sorgsam behandelt
89.	Arbeitsmaterialien in den Grundschulen werden von den SchülerInnen sorgsam behandelt
90.	Kindergartenkinder haben ein gestärktes Selbstvertrauen
91.	GrundschülerInnen haben ein gestärktes Selbstvertrauen
92.	Kindergartenkinder haben soziale Kompetenzen
93.	GrundschülerInnen haben soziale Kompetenzen
94.	Alle Kinder besuchen mindestens drei Jahre eine Tageseinrichtung für Kinder
95.	Kinder mit Migrationshintergrund nehmen verstärkt das Angebot der offenen Ganztagsgrundschule (OGS) in Anspruch
96.	Potenziale der Personen mit Migrationshintergrund (Mehrsprachigkeit) werden berücksichtigt und gefördert

Leitziel 9: Eltern mit Migrationshintergrund unterstützen ihre Kinder, ein Leben zu führen, das durch Gleichberechtigung, Selbstbestimmung etc. geprägt ist

Nr.	Teilziele
97.	Erwachsenen sind die Menschenrechte des Grundgesetzes bekannt
98.	Erwachsene verfügen über ein Grundverständnis bezüglich der zentralen Artikel des Grundgesetzes (z.B. Art. 1 (1) „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, Art. 2 (2) „Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person“)
99.	Frauen sind gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft
100.	Mädchen gestalten selbstständig ihr Leben
101.	Die Eltern beschäftigen sich altersgerecht mit ihren Kindern

Leitziel 10: Verbesserung der Qualität des Schulalltags

Nr.	Teilziele
102.	Mehr Unterstützung der LehrerInnen, z.B. durch SozialarbeiterInnen / In den Grundschulen arbeiten SchulsozialarbeiterInnen
103.	Gleichmäßige Verteilung der SchülerInnen mit Migrationshintergrund auf die entsprechenden Klassen (Kriterium: Sprachkompetenz, Schulleistungen)
104.	Stärkere Identifikation der SchülerInnen mit der Schule
105.	Stärkere Identifikation der LehrerInnen mit der Schule
106.	Stärkere Identifikation der Eltern mit der Schule
107.	Mehr Zeit für Kontakte zwischen LehrerInnen und SchülerInnen
108.	Qualifizierung der „Grundschulprognosen“ bezüglich des Übergangs in weiterführende Schulen
109.	Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen der abgebenden und der aufnehmenden Schule
110.	Das Betreuungspersonal in der offenen Ganztagsgrundschule ist verstärkt qualifiziert
111.	Verstärkte Berücksichtigung der Fremdsprachenkompetenz „Englisch“ bei den SchülerInnen in der schulischen und beruflichen (Aus-)Bildung

Leitziel 11: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erfahren Chancengerechtigkeit in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung

Nr.	Teilziele
112.	Alle SchulabgängerInnen mit einem Abschluss, die nicht studieren wollen o.ä., erhalten einen Ausbildungsplatz/Gelungener Übergang der SchulabgängerInnen in die Ausbildung
113.	Steigerung der Rate der SchulabgängerInnen mit einem Abschluss, der zu einem Ausbildungsplatz führt
114.	Geeigneten (operationalisiert über einen entsprechenden Notendurchschnitt) Jungen und Mädchen wird finanziell ein Studium ermöglicht
115.	Stärkere Sensibilisierung von ArbeitgeberInnen für die Potenziale der Jugendlichen mit Migrationshintergrund
116.	Stärkere Sensibilisierung von ArbeitgeberInnen für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für SchülerInnen mit Migrationshintergrund
117.	Vermehrte Ausbildung von für SchülerInnen mit Migrationshintergrund im gewerblich-technischen Bereich
118.	Stärkung des Selbstbewusstseins von Mädchen für den Beginn einer beruflichen Ausbildung
119.	Verbesserte Kenntnis der SchulabgängerInnen über die „Ausbildungs-/Bildungslandschaft“
120.	Jährliche Steigerung der Quote von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, die in die Sekundarstufe II gelangen
121.	Jährliche Steigerung der Quote von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, die ein Studium beginnen
122.	Jährliche Steigerung der Quote von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, die einen höheren Schulabschluss gegenüber dem Vorjahr erreichen
123.	Verstärkte Begegnung mit „Vorbildern des Berufsalltags“

Leitziel 12: Teilnahmemöglichkeiten an wohngebietsbezogenen Aktivitäten verbessern

Nr.	Teilziele
124.	In den einzelnen Wohngebieten gibt es mehr attraktive Begegnungsräume/-plätze
125.	Die vorhandenen Begegnungsräume/-plätze in den einzelnen Wohngebieten sind attraktiv ausgestaltet
126.	Die vorhandenen Begegnungsräume/-plätze sind für alle BewohnerInnen des Stadtteils geöffnet
127.	In den Wohngebieten gibt es für alle Altersgruppen mit und ohne Migrationshintergrund attraktive Freizeitangebote
128.	In den Wohngebieten gibt es für alle Altersgruppen mit und ohne Migrationshintergrund attraktive Bildungsangebote
129.	Es gibt gemeinsame Spielkreise für Kleinkinder, Eltern und Großeltern mit sozialpädagogischer Betreuung
130.	BewohnerInnen sind über die aktuellen Angebote, Aktivitäten in ihrem Stadtteil informiert
131.	In den Stadtteilen gibt es attraktive gemeinsame Veranstaltungen für die BewohnerInnen

Leitziel 13: Teilnahmebereitschaft an wohngebietsbezogenen Aktivitäten fördern

Nr.	Teilziele
132.	BewohnerInnen werden durch unterschiedliche Akteure (Kirchen, Moscheen, Migrantenselbstorganisationen, Sportvereine, Altenclubs, Heimatvereine etc.) zur aktiven Teilhabe an den attraktiven Angeboten motiviert und unterstützt
133.	Personen mit und ohne Migrationshintergrund gestalten attraktive wohngebietsbezogene Aktivitäten

Leitziel 14: Es gibt einen regen Austausch zwischen den Glaubensgemeinschaften

Nr.	Teilziele
134.	Die unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften sind den jeweiligen anderen Glaubensgemeinschaften bekannt
135.	Die Glaubensgemeinschaften haben offene Angebote
136.	Personen mit und ohne Migrationshintergrund nutzen die offenen Angebote der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften

Leitziel 15: Personen mit Migrationshintergrund nutzen die attraktiven Freizeit- und Kulturangebote

Nr.	Teilziele
137.	Die Stadtverwaltung hat ein Interkulturelles Büro für Integrationsangelegenheiten
138.	Personen mit Migrationshintergrund sind zu gleichen Anteilen (prozentual) wie Personen ohne Migrationshintergrund Vereinsmitglieder
139.	Personen mit Migrationshintergrund nutzen zu gleichen Anteilen (prozentual) wie Personen ohne Migrationshintergrund die Kulturangebote
140.	Personen mit Migrationshintergrund bieten zu gleichen Anteilen (prozentual) wie Personen ohne Migrationshintergrund Kulturveranstaltungen an

Leitziel 16: Das Gesundheitswesen ist auf die Bedürfnisse der Personen mit Migrationshintergrund ausgerichtet

Nr.	Teilziele
141.	Die MitarbeiterInnen des Gesundheitswesens haben interkulturelle Kompetenzen
142.	Personen mit Migrationshintergrund bringen ihr Wissen in das Gesundheitswesen mit ein
143.	Fachkräfte mit Migrationshintergrund werden verstärkt im Gesundheitswesen eingestellt
144.	Es gibt einen regen Austausch zwischen privaten Initiativen, Selbsthilfegruppen sowie dem professionellen Gesundheitswesen
145.	Personen mit Migrationshintergrund kennen die Angebote des Gesundheitswesens/BürgerInnen sind über das Gesundheitssystem in Deutschland aufgeklärt
146.	Personen mit Migrationshintergrund kennen die Abläufe im Gesundheitswesen
147.	Personen mit Migrationshintergrund nutzen zu gleichen Teilen wie Personen ohne Migrationshintergrund das Gesundheitswesen

Leitziel 17: Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich in der Kommunalpolitik

Nr.	Teilziele
148.	Personen mit Migrationshintergrund sind die kommunalpolitischen Partizipationsmöglichkeiten bekannt
149.	Personen mit Migrationshintergrund sind über das aktive und passive kommunale Wahlrecht informiert
150.	Deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund und EU-StaatsbürgerInnen nehmen verstärkt an der Kommunalwahl teil
151.	Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich in politischen Parteien
152.	Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich in Initiativen/Bewegungen mit kommunalpolitischen Bezügen
153.	Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich in verschiedenen kommunalpolitischen Gremien (sachkundige BürgerInnen, Beiräte, SVD etc.)
154.	KommunalpolitikerInnen gehen aktiv auf Personen mit Migrationshintergrund zu

Leitziel 18: Die Stadtverwaltung ist auf die Lebenslagen ihrer EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund ausgerichtet

Nr.	Teilziele
155.	Die Stadtverwaltung stellt aufgrund der Potenziale vermehrt EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund ein
156.	MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung gehen auf den höheren Informations- und Beratungsbedarf der EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund ein
157.	MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung akzeptieren die BRD als Einwanderungsland
158.	MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung haben umfangreiche interkulturelle Kompetenzen
159.	Die Stadtverwaltung hat ein Interkulturelles Büro für Integrationsangelegenheiten

Leitziel 19: Verbesserung des Zugangs von EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund zur Stadtverwaltung

Nr.	Teilziele
160.	EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund sind über die Leistungen, Hilfen, Angebote der Stadtverwaltung und über die entsprechenden Zuständigkeiten informiert
161.	EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund sind über die Abläufe/Verfahren in der Stadtverwaltung informiert
162.	EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund sind über ihre Rechte und Pflichten (SGB II, III, VIII etc.) aufgeklärt
163.	Die Formulare, Schreiben, Bescheide etc. der Stadtverwaltung sind verständlich gestaltet und formuliert

Leitziel 20: Konstruktive Kommunikation und Kooperation der Verwaltung mit verwaltungsexternen Akteuren

Nr.	Teilziele
164.	Zwischen den einzelnen Akteuren werden bessere Absprachen getroffen (Stadtverwaltung, Fachbereiche, Parteien, Vereine, Verbände, Kirchen/Moscheen, MSOs etc.)

6 Maßnahmen/Angebote

6.1 Einleitung

Die im Folgenden aufgeführten und beschriebenen Maßnahmen haben unterschiedliche Qualitäten. Dies ist u.a. bedingt durch die Leichtigkeit oder eher Schwere der Erreichbarkeit der entsprechenden Teilziele, die Zusammensetzung der Kleingruppe, die die Maßnahmen diskutiert und erarbeitet hat, die Zeit, die für diese Aufgabe zur Verfügung stand. Finden sich keine Maßnahmen zu den Teilzielen, so ist dies i.d.R. auf den Zeitmangel zurückzuführen.

Dennoch sind die Vielzahl und die Güte der Maßnahmen beeindruckend und bilden eine solide Grundlage für die weitere Arbeit im Rahmen der Umsetzung des Integrationskonzeptes.

Die Überprüfung der bestehenden Maßnahmen hinsichtlich ihrer Kompatibilität mit den Teilzielen wurde nach bestem Wissen der Workshop-TeilnehmerInnen durchgeführt. Da es keine aktuelle Bestandsliste der Maßnahmen und Angebote gab, wurde - wie beschrieben - auf die Bestandsanalyse 2005 zurückgegriffen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Zusammensetzung der „Leitzielkleingruppen“ nicht immer vollständig das jeweilige Maßnahme- und Angebotsspektrum abdeckte. Da des Weiteren davon auszugehen ist, dass zwischen dem Erstellen des Integrationskonzeptes und der Umsetzung von Maßnahmen oder der Implementierung von Angeboten Zeit vergehen wird, ist jedes Mal vor der Realisierung einer Maßnahme im entsprechenden Teilzielbereich zu prüfen, ob es aktuell ähnliche oder gleiche Maßnahmen/Angebote gibt, um Fehlentscheidungen zu vermeiden.

Mit dem Begriff „Verantwortlich“ ist versucht worden, zunächst diejenige Institution, Organisation oder Organisationseinheit zu definieren, die sich in einem ersten Schritt um die Umsetzung der Maßnahmen „kümmern“ soll, die dafür verantwortlich ist, dass die Maßnahme „auf den Weg gebracht“ wird. Das bedeutet (zunächst) nicht, dass die genannte Institution, Organisation oder Organisationseinheit für die Umsetzung zuständig ist. Idealerweise würde die Verantwortlichkeit für die „Auf-den-Weg-Bringung“ und die Umsetzung der Maßnahme in einer Hand liegen; dies kann so sein, muss aber nicht so sein.

Für alle Maßnahmen gilt, dass bei der Umsetzung der Genderansatz zu berücksichtigen und zu prüfen ist, ob eine geschlechtsspezifische Ansprache bzw. Ausrichtung zur Erreichung der Teilziele und einer ausgewogenen gesellschaftlichen Teilhabe erforderlich ist.

Wie beschrieben, ist die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund eine sehr heterogene Zielgruppe. Bei der Konzeption und der Umsetzung von Maßnahmen, Angeboten, Projekten etc. sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: das Herkunftsland, die ethnische Zugehörigkeit, die religiöse Zugehörigkeit, die Migrationsbiographie, der Aufenthaltsstatus, die Aufenthaltsdauer in Deutschland/Detmold als auch das Alter, die soziale/ökonomische Situation, der Bildungsstand, der Familienstand, die Sprachkompetenzen und vor allem der Arbeitsstatus. Diese Faktoren sind wichtige Erfolgskriterien.

Generell ist bei einer Umsetzung der Maßnahmen zu beachten, dass sich ein effektiver Zugang zur Zielgruppe über Migrantenselbstorganisationen, Sprachkurse, Integrationskurse etc. herstellen lässt.

Bei der Durchsicht der Maßnahmen stellten wir fest, dass es im Demographie-Bericht 2006 der Stadt Detmold Maßnahmen gibt, die identisch sind mit Maßnahmen aus der Workshop-Arbeit: z.B. „Die Angebote zur Sprachförderung in den Schulen (z.B. Sprachstandserhebungen, Sprachförderung auch im Ganztagsbereich und in den OGS) und im nicht schulischen Bereich (z.B. SPRINT) sind auszubauen“ (S. 27).

Hinweisen möchten wir in diesem Zusammenhang auf die aktuelle Förderung durch den Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatangehörigen (EIF). Aus diesem Fonds können bis zum Jahr 2013 Mittel abgerufen werden. Die Förderhöhe liegt zwischen 50% und 75% der Projektkosten. Die verbleibenden Prozentanteile können dabei z.B. mit Landesmitteln abgedeckt werden. Die Förderbestimmungen zeichnen sich positiv dadurch aus, dass Projekte mit einer Laufzeit von drei Jahren gefördert werden.

Die Darstellung der Maßnahmen aus der Workshop-Arbeit gliedert sich in bestehende und ergänzende Maßnahmen. Die GOE hat z.T. bei den ergänzenden Maßnahmen, die das Resultat der Workshop-Arbeit sind, GOE-recherchierte Maßnahmen und GOE-Maßnahmeideen ergänzt. GOE-recherchierte Maßnahmen sind unserer Meinung nach gute Praxisbeispiele, von denen wir im Laufe der Zeit erfuhren und die wir für sinnvoll halten. GOE-Maßnahmeideen sind von uns entwickelte Vorschläge, die sich beim Nachbereiten der Workshop-Arbeit und dem Schreiben des Integrationskonzeptes ergaben.

6.2 Handlungsfeld 1: Sprachförderung einschließlich der muttersprachlichen Förderung

Leitziel 1: Das Bildungssystem und das professionelle Hilfesystem sind interkulturell ausgerichtet

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Verbesserte Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen bezüglich des Themas „Interkulturelle Kompetenz“	Klärung der Frage, ob „Interkulturelle Kompetenz“ Thema der Ausbildung ist. Bei entsprechender negativer Antwort: Änderung der Ausbildungslehrpläne.	Land NRW, Ausbildungsinstitute, sofern sie nicht staatlich sind
In der ErzieherInnenfortbildung werden interkulturelle Kompetenzen entwickelt und gefördert	➢ Recherche, ob in den Tageseinrichtungen für Kinder den ErzieherInnen Fortbildungsangebote zur „Interkulturellen Kompetenz“ unterbreitet werden. ➢ Recherche, ob die angebotenen Fortbildungsmaßnahmen zur „Interkulturellen Kompetenz“ von den ErzieherInnen angenommen werden. ➢ Durchführung von Seminaren in den Tageseinrichtungen für Kinder mit „Experten“, „Praxisleuten“, z.B. Leitungen von Kulturvereinen, religiösen Institutionen. ➢ Fachkräfte mit Migrationshintergrund als ExpertInnen einladen (GOE-Maßnahmeidee). ➢ Persönliche Kontaktaufnahme zu den verschiedenen Institutionen, z.B. Kulturverein, Moschee, evangelische und katholische Kirche. ➢ „Interkulturelle Kompetenz“ als Bestandteil/Schwerpunkt der Fortbildung, der Personalentwicklungspolitik von Trägern von Tageseinrichtungen mit Kindern, die in ihren Einrichtungen einen hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund haben. ➢ Thematisierung von „Interkultureller Kompetenz“ in entsprechenden Arbeitskreisen bzw. eine Abfrage zu diesem Thema (Bedarf an Fortbildung etc.) durchführen, z.B. im „Qualitätszirkel“ Kita.	Leitung der Tageseinrichtungen für Kinder Träger von Tageseinrichtungen für Kinder Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung
In der LehrerInnenfortbildung werden interkulturelle Kompetenzen entwickelt und gefördert	➢ Recherche, ob in Schulen LehrerInnen Fortbildungsangebote zur „Interkulturellen Kompetenz“ unterbreitet werden. ➢ Recherche, ob die angebotenen Fortbildungsmaßnahmen zur „Interkulturellen Kompetenz“ von den LehrerInnen angenommen werden. ➢ Durchführung von Seminaren, in den Schulen mit „Experten“, „Praxisleuten“ z.B. Leitungen von Kulturvereinen, religiösen Institutionen. ➢ Fachkräfte mit Migrationshintergrund als ExpertInnen einladen (GOE-Maßnahmeidee). ➢ Persönliche Kontaktaufnahme zu den verschiedenen Institutionen, z.B. Kulturverein, Moschee, evangelische und katholische Kirche.	Schulleitung

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Die ErzieherInnen haben die Kompetenz, individuell auf die Kinder zuzugehen	Anmerkung der „Leitzielkleingruppe“: Sind die Maßnahmen zu den obigen Teilzielen erfolgreich, wird dieses Teilziel erreicht.	
Die LehrerInnen haben die Kompetenz, individuell auf die Kinder zuzugehen		
Zwischen den ErzieherInnen und den Eltern ist ein kontinuierlicher Dialog gegeben	➢ Durchführung von thematischen Elternabenden. ➢ Durchführung von Tür-und-Angel-Gesprächen (Ziel: Kontaktpflege, Hemmschwelle senken). ➢ Durchführung von Beratungsgesprächen. ➢ Durchführung von Sprechstunden. ➢ Durchführung von gemeinsamen (Eltern und ErzieherInnen) Fortbildungen/Seminaren. ➢ Mehr Personal, bzw. kleinere Gruppen in den Tageseinrichtungen für Kinder.	Tageseinrichtung für Kinder
Zwischen den LehrerInnen und den Eltern ist ein kontinuierlicher Dialog gegeben	➢ Durchführung von thematischen Elternabenden. ➢ Durchführung von Tür-und-Angel-Gesprächen (Ziel: Kontaktpflege, Hemmschwelle senken). ➢ Durchführung von Beratungsgesprächen. ➢ Durchführung von Sprechstunden. ➢ Durchführung von gemeinsamen (Eltern und LehrerInnen) Fortbildungen/Seminaren.	Schule

Leitziel 2: Eltern mit Migrationshintergrund werden befähigt ihre Kinder aktiv in ihrer Bildungslaufbahn zu fördern

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Mehr Eltern mit Migrationshintergrund werden in die Klassenpflegschaften gewählt	Bestehende Maßnahmen: Begleitung von Müttern/Vätern/Familien während der Schulzeit ihrer Kinder (Integration von Eltern schulpflichtiger Kinder in die Mitbestimmungsarbeit in der Schule) - Grundschule Hakedahl	
Mehr Eltern mit Migrationshintergrund werden in die Schulpflegschaften gewählt	Weiterführung und Ausdehnung der Maßnahme auf das gesamte Stadtgebiet. Ergänzende Maßnahme: Einrichtung eines entsprechenden Qualitätszirkels zum Thema „Wahl von Eltern mit Migrationshintergrund in Klassen- und Schulpflegschaften“.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung
Mehr Eltern mit Migrationshintergrund werden in die Kitaräte gewählt	➢ Begleitung von Müttern/Vätern/Familien während der Kindergartenzeit ihrer Kinder. ➢ Zwei Personen teilen sich einen Kitaratssitz - Um die Unsicherheiten und Hemmungen zu reduzieren, die dazu führen können, dass sich Eltern mit Migrationshintergrund nicht trauen, sich wählen zu lassen, könnten sich zwei Personen einen Sitz im Rat teilen und dadurch eine höhere Beteiligung an der Wahl erreicht werden. Anmerkung der „Leitzielkleingruppe“: Gibt es einen großen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, so erhöht sich i.d.R. automatisch die Wahrscheinlichkeit, dass mehr Eltern mit Migrationshintergrund in den Kitarat gewählt werden.	Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung
Mehr Eltern mit Migrationshintergrund beteiligen sind an der Hausaufgabenbetreuung	➢ Qualifizierung von Müttern für die Hausaufgabenbetreuung zu Hause. ➢ Qualifizierung von Müttern für die Hausaufgabenbetreuung in der Schule (als Honorarkraft).	Grundschule
Mehr Eltern nehmen an den Bildungsgesprächen bezüglich ihrer Kinder teil	➢ Ältere Geschwister fungieren als Dolmetscher/Begleiter der Eltern. ➢ Den Kindern die Dringlichkeit der Zusammenarbeit Eltern-Schule vermitteln; sie sind dann „Transporteur“ dieser Botschaft. ➢ Projekte nach dem Vorbild Elternnetzwerk NRW umsetzen.	Grundschule
Mehr Eltern nehmen an familienspezifischen Veranstaltungen teil	Projekte nach dem Vorbild Elternnetzwerk NRW umsetzen.	Grundschule

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Mehr Eltern mit Migrationshintergrund nehmen an den Elternabenden teil	Bestehende Maßnahmen: Begleitung von Müttern/Vätern/Familien während der Schulzeit ihrer Kinder (Integration von Eltern schulpflichtiger Kinder in die Mitbestimmungsarbeit in der Schule) - Grundschule Hakedahl Weiterführung und Ausdehnung der Maßnahme auf das gesamte Stadtgebiet.	Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) und 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung
	Ergänzende Maßnahmen: ➢ Einrichtung eines entsprechenden Qualitätszirkels zum Thema „Teilnahme von Eltern mit Migrationshintergrund an den Elternabenden“. ➢ Ältere Geschwister fungieren als Dolmetscher/Begleiter der Eltern. ➢ Den Kindern die Dringlichkeit der Zusammenarbeit Eltern-Schule vermitteln; sie sind dann „Transporteur“ dieser Botschaft. ➢ Projekte nach dem Vorbild Elternnetzwerk NRW umsetzen. ➢ Betonung der Wichtigkeit und Relevanz von Bildung gegenüber den Eltern - Die Erfahrung in den Tageseinrichtungen für Kinder zeigt, dass eine starke und kontinuierliche Betonung der Wichtigkeit und Relevanz von Bildung gegenüber den Eltern auch zu einer verstärkten Teilnahme der Eltern an den Elternabenden führt.	Schule Tageseinrichtungen für Kinder
Eltern/EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund sind über das Bildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland informiert	Bestehende Maßnahmen/Angebote: • Migrationserstberatung, Flüchtlingsberatung des Caritasverbandes Kreis Lippe, Bad Pyrmont • Migrationserstberatung DRK Kreisverband Lippe e.V. • IBZ (Internationales Beratungszentrum) • Diakonisches Werk, Jugendmigrationsdienst • Flüchtlingshilfe Lippe e.V. - Beratung • Freundschaft-Druschba e.V. - Beratung • „Orientierung in Detmold“ (Kooperationsprojekt zwischen der VHS, dem SPRINT-Projektbüro für Sprache und Integration und der Frauengleichstellungsstelle der Stadt Detmold)	
	Ergänzende Maßnahmen: ➢ Informationsveranstaltungen in einer einfachen, verständlichen Art und Weise ohne Fach- und Fremdwörter durchführen. ➢ Bei Bedarf Informationsveranstaltungen in den jeweiligen Muttersprachen anbieten (GOE-Maßnahmeidee). ➢ „Bringsysteme“ umsetzen - Die Institutionen/Einrichtungen, die auf Grund ihrer Arbeit und Funktion,	Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen, VHS Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung

	wie z.B. Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen, einen engen Kontakt zu Eltern haben, nutzen diesen, um Informationen und Wissen zu „erbringen“, die die Eltern über das Bildungssystem aufklären, statt abzuwarten, bis die Eltern entsprechende Informationen nachfragen. Die „Erbringung“ dieser Informationen und dieser Wissenstransfer sollten nicht beliebig, sondern in ein „Bringsystem“ integriert sein, in dem die Inhalte der Informationen, die Art und Weise der „Überbringung“ etc. dargelegt sind. ➢ Ausstellung zum Bildungssystem in der BRD – Analog zur Ausstellung zum Deutschen Bundestag, die im Herbst 2007 im Rathaus gezeigt wurde, könnte über eine Ausstellung, die das Bildungssystem der Bundesrepublik darstellt, Aufklärung geleistet werden. ➢ Im Rahmen aller Deutschkurse sollten Eltern, die diese Kurse besuchen, hinreichend über das Bildungssystem informiert und aufgeklärt werden.	Alle Anbieter von Deutschkursen in Detmold
Mehr Eltern nehmen an Bildungsveranstaltungen (VHS/Selbstlernzentrum etc.) teil	Informationsveranstaltungen in einer einfachen, verständlichen Art und Weise durchführen, ohne Fach- und Fremdwörter zu verwenden.	Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen, VHS

Leitziel 5: Verbesserung der Sprachkompetenz - Deutsch

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Es sind in der wohnortnahen Umgebung ausreichend Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder vorhanden	Ermittlung des Ist-Zustands von Angebot und Bedarf an wohnortnahen Kita-Plätzen in Wohngebieten mit einem hohen Anteil von Familien mit Migrationshintergrund.	Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung
In den Tageseinrichtungen für Kinder (3 - 6-jährige) gibt es verbesserte Angebote für eine individuelle Sprachförderung	Etablierung eines Arbeitskreises „Sprachförderkonzept Kita“ - Aufgabe dieses Arbeitskreises ist, die Qualität der aktuellen Angebote zu diskutieren und zu bewerten, um ggf. Angebote zu modifizieren. Mit zur Aufgabe des Arbeitskreises könnte eine Recherche der in der BRD vorhandenen und in Tageseinrichtungen für Kinder eingesetzten Sprachförderangebote sein, um ein passendes Angebot zu ermitteln (auf das sich der Arbeitskreis für einen flächendeckenden Einsatz in Detmold einigen könnte) und dadurch die Qualität der Sprachförderung in den Tageseinrichtungen für Kinder zu verbessern. Zu beachten wäre, Sprachförderangebote zu finden, welche professionelle Sprachstandserhebungen enthalten. GOE-Anmerkung: Überlegenswert ist zudem, in diesem Arbeitskreis das Thema „Verbesserung der muttersprachlichen Kompetenzen“ zu diskutieren.	Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
In den Tageseinrichtungen für Kinder (3 - 6-jährige) gibt es mehr Angebote für eine individuelle Sprachförderung	Etablierung eines Arbeitskreises „Sprachförderkonzept Kita“ - Aufgabe dieses Arbeitskreises ist zu überlegen, wie sich die Anzahl der verbesserten Sprachförderungsangebote (s. obiges Teilziel) in den Tageseinrichtungen für Kinder erhöhen lässt.	
In den Grundschulen gibt es verbesserte Angebote für eine individuelle Sprachförderung	Etablierung eines Arbeitskreises „Sprachförderung an Grundschulen“ – Aufgabe dieses Arbeitskreises ist, die Qualität der aktuellen Angebote zu diskutieren und zu bewerten, um ggf. Angebote zu modifizieren, so dass sich die Qualität verbessern würde. Mit zur Aufgabe des Arbeitskreises könnte eine Recherche der in der BRD vorhandenen Sprachförderangebote sein, um ein passendes Angebot zu ermitteln (auf das sich der Arbeitskreis für einen flächendeckenden Einsatz in Detmold einigen könnte) und dadurch die Qualität der Sprachförderung in den Grundschulen zu verbessern. Zu beachten wäre, Sprachförderangebote zu finden, welche professionelle Sprachstandserhebungen enthalten. GOE-Anmerkung: Ergänzend könnte dieser Arbeitskreis außerschulische Angebote zur Steigerung der Sprachkompetenz diskutieren und bewerten, wie z.B. die Leseförderung in der Stadtbücherei. Überlegenswert ist zudem, in diesem Arbeitskreis das Thema „Verbesserung der muttersprachlichen Kompetenzen“ zu diskutieren.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung
In den Grundschulen gibt es mehr Angebote für eine individuelle Sprachförderung	Etablierung eines Arbeitskreises „Sprachförderung an Grundschulen“ - Aufgabe dieses Arbeitskreises wäre es zu überlegen, wie sich die Anzahl der verbesserten Sprachförderungsangebote (s. obiges Teilziel) in den Grundschulen erhöhen lässt.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung
In den weiterführenden Schulen gibt es verbesserte Angebote für eine individuelle Sprachförderung	➢ Etablierung eines Arbeitskreises „Weiterführende Schulen und Berufskolleg“ - Die Aufgabe dieses Arbeitskreises wäre analog der Arbeit des Arbeitskreises „Sprachförderung an Grundschulen“ zu definieren. ➢ Sensibilisierung der Fachlehrer für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) nach dem Motto „Fachunterricht ist auch Sprachunterricht“.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung
In den weiterführenden Schulen gibt es mehr Angebote für eine individuelle Sprachförderung	Etablierung eines Arbeitskreises „Weiterführende Schulen und Berufskolleg“ - Aufgabe dieses Arbeitskreises wäre es, zu überlegen, wie sich die Anzahl der verbesserten Sprachförderungsangebote (s. obiges Teilziel) an den weiterführenden Schulen erhöhen lässt.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung
Es gibt verbesserte Sprachförder-angebote für Eltern mit Migrationshintergrund	Sicherung von Folgemaßnahmen nach den Integrationskursen	

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Es gibt mehr Sprachförderangebote für Eltern mit Migrationshintergrund	Bestehende Maßnahme: SPRINT-Projektbüro für Sprache und Integration Weiterführung und Ausdehnung der Maßnahme und die entsprechenden finanziellen Ressourcen dafür bereitstellen. Ergänzende Maßnahme: Sicherung von Folgemaßnahmen zur Sprachförderung nach den Integrationskursen.	
Jugendliche mit Migrationshintergrund sind für die Relevanz der Beherrschung der deutschen Sprache sensibilisiert	➢ Bessere und gezielte Information der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zur Bedeutung der Beherrschung der deutschen Sprache in Hinblick auf eine gelingende Integration, einer erfolgreichen Erwerbsbiographie etc. ➢ Anhand von Werbung mit positiven Schul- und Berufskarrieren von Personen mit Migrationshintergrund (z.B. durch Menschen aus dem eigenen Kulturkreis) die Relevanz der Beherrschung der deutschen Sprache „sichtbar“ machen und dadurch Jugendliche mit Migrationshintergrund für die Aneignung und Beherrschung der deutschen Sprache sensibilisieren. ➢ Migrantenselbstorganisationen, Sportvereine etc. als Forum nutzen	
Eltern mit Migrationshintergrund sind für die Relevanz der Beherrschung der deutschen Sprache sensibilisiert	➢ Bessere und gezielte Information der Eltern mit Migrationshintergrund zur Bedeutung der Beherrschung der deutschen Sprache in Hinblick auf eine gelingende Integration, eine erfolgreiche Unterstützung ihrer Kinder, eine erfolgreiche Erwerbsbiographie etc. ➢ Durch eine Werbung mit positiven Schul- und Berufskarrieren von Personen mit Migrationshintergrund (z.B. durch Menschen aus dem eigenen Kulturkreis) die Relevanz der Beherrschung der deutschen Sprache „sichtbar“ machen und dadurch Eltern mit Migrationshintergrund für die Aneignung und Beherrschung der deutschen Sprache sensibilisieren. ➢ Stärkere Elternbeteiligung an Elternabenden, Informationsveranstaltungen etc. ➢ Migrantenselbstorganisationen, Sportvereine etc. als Forum nutzen.	
ArbeitgeberInnen sind für die Motivation der ArbeitnehmerInnen, Deutsch zu lernen, sensibilisiert	Kontaktaufnahme mit Unternehmen, um diese für das Thema zu interessieren.	Anbieter von Sprachkursen
Es werden Deutschkurse für ArbeitnehmerInnen etabliert (möglichst homogene Zusammensetzung – ArbeitnehmerInnen aus einem Betrieb)	Kontaktaufnahme mit Unternehmen, um ihnen die Durchführung von Deutschkursen anzubieten.	Anbieter von Sprachkursen

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Eltern mit Migrationshintergrund wird die Relevanz der deutschsprachigen Medien beim Spracherwerb verdeutlicht	➢ Bessere und gezielte Information der Eltern mit Migrationshintergrund zur Bedeutung der Beherrschung der deutschen Sprache in Hinblick auf eine gelingende Integration, einer erfolgreichen Unterstützung ihrer Kinder, eine erfolgreiche Erwerbsbiographie etc. ➢ Durch eine Werbung mit positiven Schul- und Berufskarrieren von Personen mit Migrationshintergrund (z.B. durch Menschen aus dem eigenen Kulturkreis) die Relevanz der Beherrschung der deutschen Sprache „sichtbar“ machen und dadurch Eltern mit Migrationshintergrund für die Aneignung und Beherrschung der deutschen Sprache sensibilisieren. ➢ Stärkere Elternbeteiligung an Elternabenden, Informationsveranstaltungen etc.	
	GOE-recherchierte Maßnahme: Summer Camps In Bremen wird erfolgreich ein Ferienlager für Kinder mit Sprachdefiziten nach dem Vorbild der US-amerikanischen Summer Camps umgesetzt. Die Schüler erhalten morgens eine intensive Sprachförderung und nehmen nachmittags an Theaterworkshops teil. Ein Deutschlehrer, zwei Erzieher sowie eine Theaterpädagogin betreuen hierbei insgesamt 15 Schüler. Die Finanzierung des Ferienlagers erfolgt durch eine Stiftung. GOE-Maßnahmeidee: Städtisches Gesamtkonzept „Sprachfördermaßnahmen“ Es empfiehlt sich, ein städtisches Gesamtkonzept zu allen vorschulischen und schulischen Sprachfördermaßnahmen zu erstellen, um so ein System sich aufeinander beziehender oder ergänzender Maßnahmen zu etablieren, also auch eine Vernetzung und Koordination aller Maßnahmen ohne Doppelstrukturen zu erreichen. Zu diesem Konzept gehören u.a. auch eine Bedarfserhebung auf Seiten der SchülerInnen, eine Bestandserhebung und Evaluation der Angebote, ein einheitliches Verfahren zur Sprachstandserhebung, die Festlegung von Zielen und Aussagen zur Verknüpfung mit außerschulischen und außerunterrichtlichen (Nachmittags-)Angeboten (OGS).	

Leitziel 6: Verbesserung der Sprachkompetenz - Muttersprache

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
In den Tageseinrichtungen für Kinder arbeiten mehr ErzieherInnen mit muttersprachlichen Kompetenzen	➢ Die Träger der Tageseinrichtungen für Kinder für die Einstellung von ErzieherInnen mit Migrationshintergrund sensibilisieren. ➢ Eltern sollten die Einstellung von ErzieherInnen mit Migrationshintergrund beim Träger der Tageseinrichtung für Kinder fordern. ➢ Die Träger der Tageseinrichtungen für Kinder stellen ErzieherInnen mit Migrationshintergrund ein. ➢ Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund während der Schulzeit in den weiterführenden Schulen für eine Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin motivieren, sodass sie eine entsprechende Ausbildung beginnen, um dann als ErzieherInnen mit Migrationshintergrund eingestellt werden zu können.	Eltern, Arbeitgeber/Träger Weiterführende Schulen, Bundesagentur für Arbeit
In den Tageseinrichtungen für Kinder gibt es mehr muttersprachliche Förderung	In der Ausbildung der ErzieherInnen mit Migrationshintergrund soll die Fähigkeit zur muttersprachlichen Förderung der Kinder erlernt werden. Anmerkung aus der „Leitzielkleingruppe“: Eine strukturierte, qualitativ ausreichende muttersprachliche Förderung der Kinder in den Tageseinrichtungen ist derzeit nicht leistbar.	Ausbildungseinrichtungen
In den Grundschulen gibt es muttersprachlichen Unterricht	➢ GrundschullehrerInnen sollten für den muttersprachlichen Unterricht sensibilisiert werden. ➢ GrundschullehrerInnen sollten den muttersprachlichen Unterricht fordern.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung, LehrerInnen
In den weiterführenden Schulen gibt es muttersprachlichen Unterricht	➢ Vermehrte Einstellung von LehrerInnen mit Migrationshintergrund. ➢ Der muttersprachliche Unterricht soll während der regulären Unterrichtszeit erfolgen und nicht auf den Nachmittag verlegt werden.	Schulamt, Bezirksregierung
Es gibt ein Angebot an muttersprachlichem Unterricht für Kinder und Jugendliche außerhalb des regulären Schulunterrichts in verschiedenen Einrichtungen (wie Kulturvereine etc.)	Konzeption und Einführung eines Programms zur Förderung der ausländischen Vereine, wenn sie muttersprachlichen Unterricht anbieten.	Stadtverwaltung/NRW
Der muttersprachliche Unterricht - außerhalb des regulären Schulunterrichts - wird in den einzelnen Einrichtungen gefördert	Konzeption und Einführung eines Programms zur Förderung der ausländischen Vereine, wenn sie muttersprachlichen Unterricht anbieten.	
Das Angebot an Fremdsprachen wird in den weiterführenden Schulen um „Muttersprachen“ erweitert	Die jeweilige Muttersprache wird als erste Fremdsprache anerkannt	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung, Bezirksregierung

Leitziel 7: Verbesserung der Qualität der Deutschkurse

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Es gibt mehr Informationen über aktuelle Deutschkurse	Bestandsanalyse und Koordination der Deutschkursträger, ihrer aktuellen Angebote und Informationsmaterialien sowie regelmäßige Aktualisierung der Informationen.	Interkulturelles Büro für Integrationsangelegenheiten (IKB)
Es gibt qualifiziertere Informationen über aktuelle Deutschkurse		Anmerkung „Leitzielkleingruppe“ Informationen für Ratsuchende zusammenstellen, Träger „zusammenbringen“ (Verzettelungen und Doppelungen verhindern), Aufgaben und Zielgruppen und Angebote straffen (Synergie nutzen /Konkurrenzsituation aufheben), fehlende/veränderte Angebote herausarbeiten, Maßnahmen/Kurse vorschlagen und Träger finden (sinnlose und/oder unqualifizierte Angebote ggf. Anbieter ausschließen), Moderationsinstanz (Aufgabe IKB)
Verbessere Einstufung der Deutschkurs-teilnehmerInnen in die einzelnen Kursstufen	➢ Differenzierte Einstufungsmethoden finden/festlegen (abhängig von Zielgruppen, Vorkenntnissen, angestrebten Abschlüssen etc). ➢ Festgelegte differenzierte Einstufungsmethoden verwenden. ➢ „EinstuferInnen“ bei den Trägern /Anbietern gezielt qualifizieren und weiterbilden. ➢ Beratung ➢ Schaffen einer zentralen Anlaufstelle („Flaschenhals“) - Zentrale Stelle kanalisiert/steuert nach Möglichkeit bei den Ratsuchenden schon den Zugang zum „richtigen“ Träger. Nach Einstufung durch die zentrale Anlaufstelle Personen auch an andere Träger weiterleiten, wenn adäquates Angebot nicht bei einem Träger vorhanden ist – die zentrale Stelle hat keine Eigeninteressen.	
Bessere Finanzierung der Sprachkurse, um eine größere und differenziertere Kursvielfalt erreichen zu können	➢ Vernetzung und Beratung mit den Trägern im Hinblick auf Erschließung von „neuen“ Ressourcen und Drittmitteln (für Kursangebote und Weiterbildung). ➢ Synergien herstellen (gemeinsame Fortbildungen für die MitarbeiterInnen aller Träger organisieren und schon existierende trägerinterne Fortbildungen für die MitarbeiterInnen zugänglich machen). Anmerkung der „Leitzielkleingruppe“: Die Finanzierung ist der Schlüssel für alle Maßnahmen. Wenn die Finanzierung gesichert ist, lassen sich natürlich Kursangebote den Notwendigkeiten der Zielgruppen entsprechend (Erwachsene, Kinder, Schüler, Eltern, Lerngewohnte, Lernungewohnte, Vorbildung, Altersdifferenzierung, Berufsorientierung, Abschlüsse, Gruppengrößen, Kinderbetreuung etc.) konzipieren und „punktgenau“ durchführen.	

Es gibt qualifizierte Weiterbildungsangebote für die Lehrkräfte	Anmerkung der „Leitzielkleingruppe“: • Die stetige Fort- und Weiterbildung der DozentInnen ist ebenso unabdingbare Voraussetzung für nachhaltig gute Sprachangebote (Weiterbildungsfelder sind hier sprachlich didaktische/methodische Aspekte wie auch Förderung bzw. Erweiterung von soziokulturellen Kenntnissen und sozialer Kompetenz). Auch dabei ist die Finanzierung natürlich von zentraler Bedeutung. • Prüfungen zentral organisieren bzw. einen „Prüferpool“ für alle Träger bilden.
Die Lehrkräfte sind qualifiziert (DaF, DaZ)	

6.3 Handlungsfeld 2a: Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung – Kindergarten und Grundschule

Leitziel 1: Das Bildungssystem und das professionelle Hilfesystem sind interkulturell ausgerichtet

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Die MitarbeiterInnen in den Tageseinrichtungen für Kinder verfügen über interkulturelle Kompetenzen Die MitarbeiterInnen in den Grundschulen verfügen über interkulturelle Kompetenzen Die MitarbeiterInnen in Erziehungsberatungsstellen verfügen über interkulturelle Kompetenzen	➢ Fortbildungsangebote für MitarbeiterInnen in den Tageseinrichtungen für Kinder, Grundschulen und Erziehungsberatungsstellen, die durch die Stadtverwaltung finanziell gefördert werden. In den Fortbildungsangeboten sollen die MitarbeiterInnen ihre interkulturellen Kompetenzen (aufgrund von bisherigen eigenen Erfahrungen) erkennen, erweitern und stärken können. Des Weiteren werden für den Aufbau und den Ausbau der Vernetzung der drei Institutionen Fortbildungsangebote für Mitarbeiter aller drei Institutionen angeboten. Die Ausschreibung der Fortbildungsangebote als auch der Inhalt der Fortbildungsangebote sollen dies klar ausdrücken. ➢ Bei den Fortbildungsangeboten werden die „eigenen“ MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund aktiv einbezogen.	Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) und 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung und Arbeitsgemeinschaft der Freien Träger der Wohlfahrtspflege

Leitziel 2: Eltern mit Migrationshintergrund werden befähigt ihre Kinder aktiv in ihrer Bildungslaufbahn zu fördern

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Es gibt niedrigschwellige und kostenlose Elternkurse zur Stärkung der Erziehungskompetenzen	Bestehende Maßnahme**:** Orientierungsangebot für Frauen „Orientierung in Detmold“ (Kooperationsprojekt zwischen der VHS, SPRINT-Projektbüro für Sprache und Integration und der Gleichstellungsstelle der Stadt Detmold)	
	Ausdehnung der Angebote (auch zweisprachig/mehrsprachig) für Männer und Frauen in den Stadtteilen nach Bedarf und deren finanzielle Absicherung.	VHS, SPRINT-Projektbüro, Gleichstellungsstelle
	GOE-Maßnahmeidee: Recherche von erfolgreichen Konzepten in anderen Kommunen und evt. diese umsetzen (Best-Practice-Modelle).	Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung
Die Eltern sind über das Bildungssystem informiert		
Die Eltern sind sicherer im Umgang/Austausch mit den Tageseinrichtungen für Kinder	Regelmäßige Informationsabende der Tageseinrichtungen für Kinder und Grundschulen für Migranteneltern zum Bildungssystem, zum Schulalltag, zum Kita-Alltag, zu Hilfesystemen, zur Finanzierung, zu unterschiedlichen Kulturen etc.	Tageseinrichtungen für Kinder und Grundschulen
Die Eltern sind sicherer im Umgang/Austausch mit den Grundschulen		
Es gibt zweisprachige Seminare (das bedeutet mit Beteiligung von DozentInnen mit Migrationshintergrund) zu elternrelevanten Themen	Bestehende Maßnahme: Orientierungsangebot für Frauen „Orientierung in Detmold“ (Kooperationsprojekt zwischen der VHS, SPRINT-Projektbüro für Sprache und Integration und der Frauengleichstellungsstelle der Stadt Detmold)	
	Ausdehnung der Angebote (auch zweisprachig/mehrsprachig) für Männer und Frauen in den Stadtteilen nach Bedarf und deren finanzielle Absicherung.	Weiterbildungsträger, z.B. VHS

Leitziel 3: Das Zusammenleben der EinwohnerInnen wird unabhängig von ihrer kulturellen und religiösen Herkunft friedlich gestaltet

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Gewaltfreies Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen	➢ Friedenserziehung in allen Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen. ➢ Streitschlichterprogramm in allen Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen. ➢ Antiaggressionstraining in allen Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen. ➢ „Ich"-Stärkung-Programme in allen Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen.	Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen
Die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verfügen über Kenntnisse zur Religion, Kultur etc. der jeweiligen anderen Bevölkerungsgruppen	Bestehende Maßnahmen: Flohmarkt und „Frauen treffen Frauen" (beide Angebote: Haus der Kirche Herberhausen), Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte, GevoLe („Gemeinsam voneinander Lernen" - Träger: Paulines Töchter e.V.)	
Die Mitglieder unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen achten einander	Alle Maßnahmen beibehalten und die Maßnahmen Flohmarkt und „Frauen treffen Frauen" ausweiten. Ergänzende Maßnahmen: ➢ Stadtteilfeste ➢ Unterrichtsangebote ➢ Außerschulische Sportangebote ➢ Treffen verschiedener religiöser Jugendgruppen in den Gemeinden ➢ Geschlechtsspezifische Angebote für Jungen und Mädchen	z.B. kirchliche und soziale Einrichtungen, Vereine
Personen mit Migrationshintergrund haben ein verstärktes Zugehörigkeitsgefühl zu Detmold und der Bevölkerung	Durch einen Erfolg der entsprechenden Maßnahmen und das Erreichen der obigen Teilziele wird sich das Zugehörigkeitsgefühl vieler MigrantInnen verbessern. Anmerkung der „Leitzielkleingruppe": Eigenständige Maßnahmen für dieses Teilziel durch festgelegten „Kümmerer" erscheinen schwierig.	

Leitziel 4: Eine Stadt(teil)entwicklung des sozialen Ausgleichs betreiben

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Projekte in Tageseinrichtungen für Kinder, die den sozialen Ausgleich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Stadtteil, der Gesamtstadt zum Ziel haben, werden gefördert	Für die Gestaltung von kleinen, relativ schnell durchführbaren Projekten steht ein „(Geld-)Topf“ zur Verfügung (kein großer Verwaltungsaufwand).	
Projekte in Grundschulen, die den sozialen Ausgleich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Stadtteil, der Gesamtstadt zum Ziel haben, werden gefördert		

Leitziel 8: Kinder mit Migrationshintergrund werden in ihrer vorschulischen und schulischen Laufbahn verstärkt gefördert

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Es gibt eine verstärkte Hausaufgabenbetreuung in der Grundschule	Bestehende Maßnahmen: Offene Ganztagsgrundschule (OGS) und sonstige Betreuungsangebote	
GrundschülerInnen können ein kostenloses Nachhilfeangebot wahrnehmen	Bestehende Maßnahme: • Hausaufgabenhilfe - Träger: DOMIZIL • Hausaufgabenhilfe der offenen Ganztagsgrundschule (OGS) - Kostenloses Nachhilfeangebot im Rahmen der Hausaufgabenhilfe der offenen Ganztagsgrundschule (OGS) für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Anmerkung GOE: Nachhilfe und Hausaufgabenhilfe sind nicht identisch. Die geleistete Qualität der Angebote der offenen Ganztagsgrundschule (OGS) ist zu berücksichtigen - siehe auch entsprechendes Teilziel - sowie die Tatsache, dass das Angebot an Plätzen nicht immer mit dem Bedarf korrespondiert.	

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Arbeitsmaterialien in den Tageseinrichtungen für Kinder werden von den Kindern sorgsam behandelt	Erlernen von Respekt vor fremdem Eigentum (situationsbezogen).	Das Personal in den Einrichtungen, Eltern, Kinder
Arbeitsmaterialien in den Grundschulen werden von den Schüler-Innen sorgsam behandelt	Zurverfügungstellung der Arbeitsmaterialien durch die Grundschule – Die Arbeitsmaterialien bleiben im Besitz der Schulen und werden den SchülerInnen nur zur Verfügung gestellt; im Falle einer Beschädigung müssen die Eltern den Schaden ersetzen (Lerneffekt).	LehrerInnen, Eltern, Kinder
Kindergartenkinder haben ein gestärktes Selbstvertrauen	„Ich- Stärkung“ der Kinder als integrativer Bestandteil des Kindergartenalltages.	ErzieherInnen
GrundschülerInnen haben ein gestärktes Selbstvertrauen	„Ich-Stärkung“ der Kinder als integraler Bestandteil des Schulalltags. Dazu gehören z.B. auch nonverbale Projekte wie das Erlernen eines Musikinstruments oder auch Tanz- und Kunstprojekte.	Grundschulen/Schulprogramm
Kindergartenkinder haben soziale Kompetenzen	Der Bildung- und Erziehungsauftrag wird umgesetzt (Kinderbildungsgesetz).	ErzieherInnen, Eltern
GrundschülerInnen haben soziale Kompetenzen	Der Bildung- und Erziehungsauftrag wird umgesetzt (Schulgesetz).	LehrerInnen i. V., Eltern
Alle Kinder besuchen mindestens drei Jahre eine Tageseinrichtung für Kinder	➢ Die Versorgungsquote wird für 3 - 6-jährige Kinder auf 100% erhöht. ➢ Bedarfsgerecht Plätze für Kinder unter drei Jahren bereitstellen ➢ In bestimmten Sozialräumen gezielte Werbeaktionen durchführen, um die Verweildauer der Kinder in den Tageseinrichtungen zu erhöhen GOE-Maßnahmeidee: Gezielt in Migrantenselbstorganisationen, Integrationskursen, Deutschsprachkursen für Erwachsene etc. für den Besuch der Tageseinrichtungen für Kinder werben.	Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung
Kinder mit Migrationshintergrund nehmen verstärkt das Angebot Offene Ganztagsgrundschule (OGS) in Anspruch		
Potenziale der Personen mit Migrationshintergrund (Mehrsprachigkeit) werden berücksichtigt und gefördert	Nicht deutsche Muttersprachen als Unterrichtsfach aufnehmen.	

	GOE-recherchierte Maßnahme: Bildungsbeauftragte in Migrantenselbstorganisationen Anzustreben ist, in den Migrantenselbstorganisationen Männer und Frauen zu finden, die bereit sind, als Bildungsbeauftragte für ihre Zielgruppe zu fungieren. Aufgabe der Bildungsbeauftragten wäre es, zum einen AnsprechpartnerIn für MigrantInnen zu schulischen, Ausbildungs- und beruflichen Fragen zu sein. Zum anderen könnten Bildungsbeauftragte für die Stadtverwaltung, die Bundesagentur für Arbeit etc. Kontaktpersonen in obigen Fragen sein. Sollten sich Männer und Frauen für diese Aufgabe finden, so sollten diese gemeinsam im Rahmen einer entsprechenden Schulung auf ihre Aufgabe vorbereitet werden. Überlegenswert ist in diesem Zusammenhang, den Migrantenselbstorganisationen, die Bildungsbeauftragte haben, seitens der Stadtverwaltung einen geringen Geldbetrag zur Deckung ihrer Aufwendungen und als Anerkennung zur Verfügung zu stellen. Migrantenselbstorganisationen in Bielefeld verfügen über Bildungsbeauftragte, sodass die Möglichkeit besteht, sich dort über solch eine Maßnahme informieren und beraten zu lassen (MOZAIK gGmbH in Bielefeld). Anmerkung GOE: Nach dem „Aktionsplan Integration“ der Landesregierung NRW vom Juni 2006 werden Migrantenselbstorganisationen, die einen Schwerpunkt auf Bildung und Erziehung legen, besonders gefördert.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung

Leitziel 9: Eltern mit Migrationshintergrund unterstützen ihre Kinder ein Leben zu führen, das durch Gleichberechtigung, Selbstbestimmung etc. geprägt ist

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Erwachsenen sind die Menschenrechte des Grundgesetzes bekannt	Bestehende Maßnahme**:** Orientierungsangebot für Frauen „Orientierung in Detmold“ (Kooperationsprojekt zwischen der VHS, SPRINT-Projektbüro für Sprache und Integration und der Gleichstellungsstelle der Stadt Detmold)	
Erwachsene verfügen über ein Grundverständnis bezüglich der zentralen Artikel des Grundgesetzes (z.B. Art. 1 (1) „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, Art. 2 (2) „Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person“)	Ausdehnung der Angebote (auch zweisprachig/mehrsprachig) für Männer und Frauen in den Stadtteilen nach Bedarf und deren finanzielle Absicherung.	VHS, SPRINT-Projektbüro für Sprache und Integration und die Gleichstellungsstelle der Stadt Detmold

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Frauen sind gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft	Aufklärung über Konsequenzen von strafbaren Handlungen.	Polizei
Mädchen gestalten selbstständig ihr Leben	Bestehende Maßnahme: • Mädchenprojekte - Träger: DOMIZIL • Mädchenprojekte - Träger: Haus der Kirche Herberhausen • GevoLe „Gemeinsam voneinander Lernen“ - Träger: Paulines Töchter e.V. Weiterführung und Ausdehnung der bestehenden Maßnahmen. GOE-Maßnahmeideen: ➢ Unterstützung der Mädchen bei der Lebenswegplanung anhand von Projekten mit positiven Vorbildern mit Migrationshintergrund. ➢ Einbezug der Eltern in die Projektarbeit.	
Die Eltern beschäftigen sich altersgerecht mit ihren Kindern		

6.4 Handlungsfeld 2b: Förderung der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung – weiterführende Schulen und berufliche Bildung

Das Leitziel 1 „Das Bildungssystem und das professionelle Hilfesystem sind interkulturell ausgerichtet“ wurde bezüglich der Maßnahmen in diesem Handlungsfeld nicht bearbeitet.

Leitziel 2: Eltern mit Migrationshintergrund werden befähigt ihre Kinder aktiv in ihrer Bildungslaufbahn zu fördern

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Eltern mit Migrationshintergrund sind bezüglich der schulischen und beruflichen Ausbildung ihrer Kinder besser informiert	Projekt „Step-in Detmold“ (vormals „Kompetenzscheck“). Der Rat der Stadt hat für dieses Projekt Gelder bereitgestellt; mit dem Start des Projektes ist im Sommer 2008 zu rechnen.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung
Stärkere Hervorhebung der Relevanz von schulischer und beruflicher Ausbildung im Rahmen entsprechender Informationen, insbesondere für Mädchen		
Verbesserung der Art und Weise der Übermittlung von Informationen für Eltern im Rahmen der schulischen und beruflichen Ausbildung ihrer Kinder	Persönliche Ansprache der Eltern statt des Verteilens/Verschickens anonymer Flugblätter. GOE-Maßnahmeideen: Zugang zu den Eltern über Migrantenselbstorganisationen herstellen und als Forum nutzen. Sprachkurse, Integrationskurse etc als Forum nutzen. GOE-Anmerkung: Bei diesem Teilziel sind die interkulturellen Kompetenzen und vor allem die sprachlichen Kompetenzen der ProjektmitarbeiterInnen von hoher Relevanz.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung
Verbesserung der Eltern-Beratungsarbeit Vermehrte Eltern-Beratungsarbeit	➢ Elternabende für alle Eltern, ggf. Elternabende durchführen, zu denen nur Eltern mit Migrationshintergrund eingeladen werden. ➢ LehrerInnen besuchen Eltern, die durch Elternabende nicht erreicht wurden. ➢ Initiierung eines Elterngremiums in Abstimmung mit Verbänden/Kirchen etc.	Schulen, LehrerInnen

Leitziel 10: Verbesserung der Qualität des Schulalltags

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Mehr Unterstützung der LehrerInnen z.B. durch SozialarbeiterInnen / In den Grundschulen arbeiten SchulsozialarbeiterInnen	➢ Entwicklung von individuellen Schulkonzepten für den Einsatz von Sozialarbeitern. ➢ Antrag für die Einstellung von Schulsozialarbeitern beim Schulträger/der Schulaufsicht stellen. ➢ Einplanung von Schulsozialarbeiterstellen - gemessen an den Schülerzahlen - im Budget, spätestens 2009.	Schulleitung, Schulkonferenz
Gleichmäßige Verteilung der SchülerInnen mit Migrationshintergrund auf die entsprechenden Klassen (Kriterium: Sprachkompetenz, Schulleistungen)	Bei der Klassenbildung (Klasse 5 und 6) eine gleichmäßige Verteilung der SchülerInnen mit Migrationshintergrund verstärkt berücksichtigen (Kriterium: Sprachkompetenz, Schulleistungen) und nachträglich überprüfen.	Schulleitung, Schulaufsicht (festlegen von Vorgaben)
Stärkere Identifikation der SchülerInnen mit der Schule	Attraktive Angebote zur stärkeren Identifikation der SchülerInnen mit der Schule entwickeln. Attraktive Angebote sind z.B. muttersprachlicher Unterricht, öffentliche SchülerInnen-Auftritte im Rahmen von Theater-, Musik-, Kunst- und Sportdarbietungen, in die auch Eltern mit einbezogen werden, Ausflüge, Veranstaltungen, die durch ausländische Besonderheiten/Alleinstellungsmerkmale (Musik, Kunst) initiiert sind.	Schulkonferenz, Schulpflegschaften, Schülermitverwaltung
Stärkere Identifikation der Lehrer Innen mit der Schule	Kontaktlehrer bei Lehrer- /Klassenkonferenzen ernennen.	
Stärkere Identifikation der Eltern mit der Schule	➢ Elternabende für alle Eltern, ggf. Elternabende durchführen, zu denen nur Eltern mit Migrationshintergrund eingeladen werden. ➢ LehrerInnen besuchen Eltern, die durch Elternabende nicht erreicht wurden.	Schule, LehrerInnen
Mehr Zeit für Kontakte zwischen LehrerInnen und SchülerInnen	Durchführung eines „Pädagogischen Tages“ je Schule (mit Referenten) mit dem Schwerpunkt interkulturelle Kompetenz und Integration, auf dem es zu einem intensiven Austausch zwischen LehrerInnen und SchülerInnen kommt	Schulleitung, Lehrerkonferenz
Qualifizierung der „Grundschulprognosen“ bezüglich des Übergangs in weiterführende Schulen	➢ Bessere Berücksichtigung der im Grunde leistungsfähigen Schüler, auch wenn sie sprachliche oder andere integrationsbedingte Defizite haben (zu diesem Thema z.B. einen Arbeitskreis/Qualitätszirkel einrichten). ➢ Die Kompetenz der LehrerInnen stärken. ➢ Kontakte und Austausch zwischen den LehrerInnen herstellen, um das Wissen und die Kompetenzen dieser für die weitere Qualifizierung der Grundschulprognosen zu nutzen.	Schulaufsicht
Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen der abgebenden und aufnehmenden Schule	➢ Entwicklung von Initiativen für wechselseitige Unterrichtsbesuche der unterschiedlichen Schulformen. ➢ Schaffung von Gesprächsplattformen und Organisation der LehrerInnen-Teilnahme zwischen aufnehmenden und abgebenden Schulen.	

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Das Betreuungspersonal in der Offenen Ganztagsgrundschule ist verstärkt qualifiziert	➢ Qualifizierung des Personals der Offenen Ganztagsgrundschule, einschließlich der Personen, die punktuell dort im Rahmen des SGB II, § 16, Abs. 3 arbeiten. Ein Teil der Qualifizierung sollte die Vermittlung von interkultureller Kompetenz und Sozialkompetenz mit einem entsprechenden Nachweis sein. ➢ Verpflichtung der Träger der OGS-Angebote, ihr Personal weiterzubilden.	Netzwerk Lippe gGmbH Träger der Offenen Ganztagsgrundschulen
Verstärkte Berücksichtigung der Fremdsprachenkompetenz „Englisch“ bei den SchülerInnen in der schulischen und beruflichen (Aus-)Bildung		

Leitziel 11: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erfahren Chancengerechtigkeit in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Alle SchulabgängerInnen mit einem Abschluss, die nicht studieren wollen o.ä., erhalten einen Ausbildungsplatz / Gelungener Übergang der SchulabgängerInnen in die Ausbildung	Bestehende Maßnahmen: • BQF-Projekt NRK - „Schulische Berufsvorbereitung durch Dualisierung“ - Dietrich-Bonhoeffer-Berufskolleg • Berufsvorbereitende, qualifizierende Bildungsmaßnahmen und berufliche Ausbildung – SOS-Kinderdorf e.V., Berufsbildungszentrum Detmold • GevoLe - „Gemeinsam voneinander Lernen“ - Träger: Paulines Töchter e.V. Bestehende Maßnahmen fortführen.	
	Ergänzende Maßnahmen: ➢ Entwicklung eines Projekts für Jungen. ➢ Schul-/Förderprojekte mit einer gesicherten Nachbetreuung bis zum Übergang in die Ausbildung (Beratung, Assessment Center, Kompetenzfeststellung) - Projektkriterien: Langfristigkeit, Nachhaltigkeit, Individualität, Anbindung an vorhandene Träger, Wirkungskontrolle ➢ Verstärkte Kommunikation zwischen Arbeitgebern und Schulen herstellen (Vermittlung in Praktikas und Ausbildung).	Netzwerk Lippe gGmbH
	GOE-recherchierte Maßnahme: Ausbildung im Verbundsystem - Kleinere Firmen schließen sich in Verbünden oder Ausbildungstandems zusammen, um sich die Kosten und den zeitlichen Aufwand zu teilen (siehe Frankfurter Rundschau 05.08.2006). GOE-Maßnahmeidee: Optimierung der Berufsvorbereitung und ähnlicher Maßnahmen - Alle Angebote für jugendliche MigrantInnen mit unzureichenden schulischen Voraussetzungen gilt es zu überprüfen und zu evaluieren. Zu prüfen ist, ob sie den Bedürfnissen der Zielgruppe entsprechen und der Zugang zu dieser Zielgruppe durch Faktoren, wie z.B. interkulturelle Kompetenz der Ausbilder und des Personals, realisiert ist. Des Weiteren ist zu prüfen, ob bei der Maßnahme eine Berücksichtigung der ethnischen Zugehörigkeit und Mehrsprachigkeit der Jugendlichen als zusätzliches Potenzial genutzt wird.	Bundesagentur für Arbeit, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer
	Beratung der Jugendlichen aus einer Hand • Zusammenführung der an unterschiedlichen Stellen erbrachten Beratungsleistungen und Angebote für den Übergang Schule und Beruf unter Berücksichtigung migrantenspezifischer Faktoren • Koordination der Angebote für SchülerInnen ohne Ausbildungsplatz oder vollzeitschulische Ausbildung (Werkstattjahr, EQ - Einstiegsqualifizierung Jugendlicher, JoA-Klassen - JaO: Jugendliche ohne Ausbildung , Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundschuljahr etc.)	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Steigerung der Rate der SchulabgängerInnen mit einem Abschluss, der zu einem Ausbildungsplatz führt.	Bestehende Maßnahme: „Meilensteine – Stolpersteine“ (Lebensplanung, Familie, Ehe etc. in unterschiedlichen Kulturen) Bestehende Maßnahme fortführen. Ergänzende Maßnahme: Individuelle Förderung in den Schulen.	Gleichstellungsstelle, Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung
Geeigneten (operationalisiert über einen entsprechenden Notendurchschnitt) Jungen und Mädchen wird ein Studium ermöglicht	➢ Information und Aufklärung über aktuelle Stipendienprogramme und das BAföG-System. ➢ Akquirieren von Stipendiengeldern für Detmolder Jugendliche aus einkommensschwachen Familien..	Wirtschaftsjunioren
Stärkere Sensibilisierung von ArbeitgeberInnen für die Potenziale der Jugendlichen mit Migrationshintergrund Stärkere Sensibilisierung von ArbeitgeberInnen für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für SchülerInnen mit Migrationshintergrund	➢ Veröffentlichung von Artikeln zu diesem Thema in den Zeitungen/Zeitschriften der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, um ArbeitgeberInnen für die spezifischen Potenziale der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu sensibilisieren. ➢ Entsprechende Pressegespräche führen. ➢ Etablierung eines Arbeitskreises mit der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Bundesagentur für Arbeit, Lippe pro Arbeit gGmbH, Netzwerk Lippe gGmbH, Schulen etc.	Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Bürgermeister
Vermehrte Ausbildung von SchulabgängerInnen mit Migrationshintergrund im gewerblich-technischen Bereich	➢ Anhand von interessanten Schulprojekten den männlichen Jugendlichen die theoretischen Grundlagen für Berufe im gewerblich-technischen Bereich näherbringen und sie für diese Berufsfelder gewinnen. Denn bei den Jungen ist eine hohe Motivation, praktisch zu arbeiten, vorhanden, aber ihnen fehlen entsprechende theoretische Grundlagen. ➢ Anhand von interessanten Schulprojekten die möglichen Vorbehalte gegenüber gewerblich-technischen Berufsgruppen bei den weiblichen Jugendlichen abbauen und andererseits ihnen ihre Stärken bewusst machen und ihr Interesse an gewerblich-technischen Berufen fördern.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung, Gleichstellungsstelle der Stadtverwaltung

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Stärkung des Selbstbewusstseins von Mädchen für den Beginn einer beruflichen Ausbildung	Bestehende Maßnahmen: • Mädchentag/Mädchenprojekte - Träger: DOMIZIL • Mädchenprojekte - Träger: Haus der Kirche Herberhausen • GevoLe - „Gemeinsam Voneinander Lernen“ - Träger: Paulines Töchter e.V. • Girls Point • Mädchentage in den Jugendzentren Maßnahmen beibehalten und ausdehnen. Zusätzliche Maßnahme: Informationen für die Eltern und die Mädchen über die Angebote der Vereine (Moscheevereine etc.).	Gleichstellungsstelle und Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung
Verbesserte Kenntnis der SchulabgängerInnen über die „Ausbildungs-/Bildungslandschaft“	➢ Erweiterung vorhandener Projekte (SCHuB, Erfolgreich in Ausbildung, Berufsberatung, Netzwerk Lippe, Mädchenmesse, Berufe live, Girl’s Day etc.) unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Mehrsprachigkeit, Mitarbeiter mit Migrationshintergrund, Elterninformation). ➢ Aktive und direkte Ansprache der Zielgruppe.	Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung
Jährliche Steigerung der Quote von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, die in die Sekundarstufe II wechseln Jährliche Steigerung der Quote von SchülerInnen, die ein Studium beginnen	Bestehende Maßnahme: • „BAFF“- Baby And Family Forever“ - Träger: Paulines Töchter e.V. (Lebensplanung und Verantwortung) • „Starthilfe“, Begleitung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund (Sek.I) bei der Gestaltung ihrer Bildungsbiographie - Träger: DOMIZIL Weiterführen der Maßnahme „BAFF“. Die Maßnahme „Starthilfe“ auf die Gesamtstadt ausweiten und deren Finanzierung sichern. Ergänzende Maßnahmen: ➢ Selbstbewusstsein von Mädchen stärken (eigene Lebensplanung). ➢ Entwicklung eines Projekts zur Stärkung von Jungen. ➢ Aufklärung und Überzeugung der Eltern von der Notwendigkeit einer beruflichen Ausbildung, darstellen entsprechender Möglichkeiten und Bedingungen.	Gleichstellungsstelle und Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Jährliche Steigerung der Quote von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, die einen höheren Schulabschluss gegenüber dem Vorjahr erreichen	Bestehende Maßnahme: • „Starthilfe“ - Begleitung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund (Sek.I) bei der Gestaltung ihrer Bildungsbiographie - Träger: DOMIZIL Ausdehnen der Maßnahme auf andere Sozialräume, in denen entsprechender Bedarf besteht. Ergänzende Maßnahme: Austausch der Schulen über gute Beispiele der Förderung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund und Förderung/Verbreitung dieser guten Beispiele	Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung
Verstärkte Begegnung mit „Vorbildern des Berufsalltags“	Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten für Jugendliche mit „Vorbildern des Berufsalltags“ in Schulen, (Ausbildungs-/Qualifizierungs-)Maßnahmen, Kulturvereinen etc.	Schulen, Maßnahmeträger, Kulturvereine etc.

6.5 Handlungsfeld 3: Stadtteilorientierte/sozialräumliche Förderung der Integration

Leitziel 3: Das Zusammenleben der EinwohnerInnen wird unabhängig von ihrer kulturellen und religiösen Herkunft friedlich gestaltet

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
EinwohnerInnen sind über die Werteordnung des Grundgesetzes aufgeklärt (Menschen- und Bürgerrechte)	Bestehende Maßnahmen: • Migrationserstberatung, Flüchtlingsberatung des Caritasverbandes Kreis Lippe • Beratung für Spätaussiedler des DRK Kreisverbandes Lippe e.V. • Zentrale und dezentrale Beratung von Flüchtlingen durch die Flüchtlingshilfe Lippe e.V. • Soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, MigrantInnen durch das Internationale Beratungszentrum (IBZ) Anmerkung der „Leitzielkleingruppe“ Die Maßnahmen sind zielführend und sollten weitergeführt werden. Sie decken aber nur einen kleinen Teil im Rahmen der Teilzielerreichung ab. Ergänzende Maßnahmen: ➢ Bildungstraining für die jeweiligen Akteure (Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen, Jugendzentren etc.), die ihre Unsicherheiten im Umgang mit Werten der jeweiligen Kultur bearbeiten und sie in die Lage versetzen, eine eindeutige Haltung einzunehmen (z.B. zu Zwangsheiraten). ➢ Institutionalisierung einer/eines Integrationsbeauftragten zu deren/dessen Aufgabe es mit gehört, dass grundlegend an der Aufklärung der Werteordnung des Grundgesetzes gearbeitet wird. ➢ Im Zusammenhang mit dem Stadtteilmanagement wird eine kontinuierliche stadtteilbezogene „Sozialberatung“ mit „höchster“ interkultureller Kompetenz eingerichtet.	Rat der Stadt Detmold
Personen mit und ohne Migrationshintergrund entdecken ihre gemeinsamen Interessen	Einzelne Maßnahmen gibt es in Vereinen etc., aber ohne dass dies der Öffentlichkeit bekannt ist (Anmerkung „Leitzielkleingruppe“). Ergänzende Maßnahmen: ➢ Öffentlichkeitsarbeit für vorhandene Maßnahmen betreiben ➢ „Markt der Möglichkeiten“ mit Wettbewerb - Im Rahmen dieses Marktes sollten zum einen von Personen/Vereinen/Institutionen der Öffentlichkeit die Angebote vorgestellt werden, die der Integration dienen. Zum anderen könnten im Rahmen eines Wettbewerbes die besten Integrationsangebote mit einem Preis ausgezeichnet werden, um damit den „Markt der Möglichkeiten“ attraktiv zu gestalten und die geleistete Arbeit wertzuschätzen und anzuerkennen. ➢ Eine stadtteilbezogene Koordinations- und Vernetzungsarbeit der Vereine etc. untereinander betreiben	Rat der Stadt Detmold StadtteilmanagerIn

Im Stadtteil gibt es interessante Themenabende und Diskussionsrunden für die BewohnerInnen (innerethnische und interethnische Gruppen)	Stadtteilbezogen die gemeinsamen Interessen der Beteiligten an Themenabenden und Diskussionsrunden ermitteln.	
Vorurteile auf beiden Seiten werden abgebaut	„antibias“ - Trainingsangebote als Impulsmaßnahmen für Dienstleistungsbehörden einführen, z.B. Stadtverwaltung Detmold, Lippe pro Arbeit, LehrerInnen	Rat der Stadt Detmold
Personen mit Migrationshintergrund sind in der lokalen Medienarbeit aktiv	➢ Durchführung eines Wettbewerbs, bei dem Personen mit Migrationshintergrund eigene Zeitungsartikel schreiben oder Beiträge für Radiosendungen einreichen (Ausschreibung in der örtlichen Presse und im Rundfunk). ➢ Rubrik (Berichtsserie) in der Zeitung im Sommerloch. GOE-Anmerkung: Vorstellbar ist, in dieser Rubrik Migrantenselbstorganisationen zu Wort kommen zu lassen, wobei aus migrations- bzw. integrationsspezifischer Sicht Stellung zu aktuellen lokalen Geschehnissen genommen wird. So könnten eher unaufdringlich – und im Sinne eines Angebotes – Sicht- und Denkweisen kommuniziert werden, zu deren Austausch es im Rahmen der nach wie vor geringen Kontaktmöglichkeiten zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen kaum kommt.	Zeitung/Radio

Leitziel 4: Eine Stadt(teil)entwicklung des sozialen Ausgleichs betreiben

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Etablierung der Grundschule als „Schule des Stadtteils“ (Stadtteilschule)	➢ Organisation und Durchführung von Festen mit allen Bevölkerungsgruppen im Ortsteil. ➢ Schulbibliotheken öffnen für alle StadtteilbewohnerInnen als Kommunikationsort.	Fördervereine/Schulleitung Schulleitung
Etablierung der Tageseinrichtungen für Kinder/der Familienzentren als stadtteilbezogene Begegnungszentren	Anmerkung der „Leitzielkleingruppe“: Bei der Umwandlung von Tageseinrichtungen für Kinder in Familienzentren ist die Erweiterung der räumlichen und personellen Kapazitäten zu berücksichtigen (unter Berücksichtigung des Anspruchs auf einen Kita-Platz). GOE-Anmerkung: Bei der Umwandlung von Tageseinrichtungen für Kinder in Familienzentren empfiehlt es sich, die Konzeption und Umsetzung der Early Excellence Center (England) und Judy Center (USA) anzuschauen, um möglicherweise entsprechende Angebote und Leistungen in die Familienzentren zu integrieren. So ist z.B. im Bereich der unter 6-jährigen in den USA die zielleitende Idee, dass Kinder, die in der Schule Erfolg haben, im Leben erfolgreich sind (Children who succeed in school, do well in life) (siehe kindergarten heute 1/2007).	Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung, Freie Träger der Wohlfahrtspflege etc.

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Es gibt eine professionelle Kommunikationsstruktur zwischen den relevanten Akteuren etc.	Installierung von Netzwerken im Stadtteil unter professioneller Anleitung (z.B. durch den Stadtteilmanager).	Stadtteilmanagement
Die Kommunikation zwischen den relevanten Akteuren etc. wird gefördert	Professionelle Unterstützung der Netzwerke im Stadtteil (z.B. durch den Stadtteilmanager). GOE-Maßnahmeidee: Vereine zusammenbringen Gemeinsame Treffen der Vereine, die i.d.R. ethnisch organisiert sind (z.B. auf türkischer Seite: türkisch-islamischer Kulturverein, auf deutscher Seite: Schützenverein, Posaunenchor, Freiwillige Feuerwehr, CVJM), zum Austausch über ihre Vereinsarbeit und mögliche Kooperationsvorstellungen. Beginnen könnte dieser Prozess mit einem gemeinsamen Treffen von Vereinsvorständen.	Stadtteilmanagement Potenziell: Interkulturelles Büro für Integrationsangelegenheiten
Etablierung von freien (selbst verwalteten) Jugend- und Kulturzentren in allen Stadtteilen	Bereitstellen von Räumen und Personal für freie (selbst verwaltete) Jugend- und Kulturzentren.	Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) und Fachbereich 8 (Kultur) der Stadtverwaltung
Eröffnung von Ausstiegsmöglichkeiten (aus innerethnischen Wohnbeziehungen) seitens der Wohnungsbauförderung für Personen/Haushalte mit Migrationshintergrund	Öffentliche Förderung von Mietwohnungen in Neubauobjekten - Über die öffentliche Förderung von Mietwohnungen in Neubauobjekten, in denen ebenfalls frei finanzierte Mietwohnungen errichtet werden, ein Zusammenwohnen von einkommensstärkeren und einkommensschwächeren (Wohnberechtigungsschein) Haushalten erreichen.	Fachbereich 6 (Stadtentwicklung) der Stadtverwaltung
Eröffnung von Ausstiegsmöglichkeiten (aus innerethnischen Wohnbeziehungen) seitens der Wohnungsunternehmen für Personen/Haushalte mit Migrationshintergrund		
Eröffnung von Einstiegs-möglichkeiten für Personen/ Haushalte ohne Migrations-hintergrund in Wohngebäude mit Personen mit Migrations-hintergrund (lebenslagen-bezogene Bewohnerstrukturen)	Anreize schaffen für gewünschte BewohnerInnen – Diese Anreize, z.B. die Finanzierung der Ausbildung zu ehrenamtlichem Engagement („Seniorentrainer“, Bürgerstiftung), sollen Personen/Haushalten ohne Migrationshintergrund die Anmietung einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus, welches überwiegend von Personen mit Migrationshintergrund bewohnt wird, erleichtern.	Vermieter/Stadtteilmanagement

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Konsequente; integrative Stadtentwicklung betreiben	Öffentliche Förderung von Mietwohnungen in Neubauobjekten - Über die öffentliche Förderung von Mietwohnungen in Neubauobjekten, in denen ebenfalls frei finanzierte Mietwohnungen errichtet werden, ein Zusammenwohnen von einkommensstärkeren und einkommensschwächeren (Wohnberechtigungsschein) Haushalten erreichen.	Fachbereich 6 (Stadtentwicklung) der Stadtverwaltung
Aufgaben der Stadtentwicklung neu definieren	➢ Die Entwicklung der Sozialstruktur in der Stadt, im Stadtteil beobachten. ➢ Die Sozialplanung in die Stadtplanung integrieren. ➢ Die rechtlichen Instrumente der Stadterneuerung nutzen. ➢ PolitikerInnen sensibilisieren, sodass sie die gesellschaftlichen Entwicklungen, die sich auch in den Räumen, den Wohngebieten abbilden, wahrnehmen und nicht die Realität schönreden:	Fachbereich 6 (Stadtentwicklung) und Fachbereich 2 (Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung, Polizei/Wohnungsunternehmen, Bürgermeister
Im Stadtteil gibt es ein professionelles Stadtteilmanagement	Einstellung eines Stadtteilmanagers/einer Stadtteilmanagerin und eines hauptamtlichen „Ortsbürgermeisters“.	Bürgermeister
Eine verbesserte bedarfsgerechte Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, Kinderbetreuung, medizinische Versorgung, Begegnungsstätten etc.) vorhalten, die die Stadtteile interessant macht	Schulbibliotheken öffnen für alle StadtteilbewohnerInnen als Kommunikationsort.	Schulleitung
Förderung von Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, da sie Integrationsaufgaben für die Gesamtstadt übernehmen		
Im Stadtteil gibt es eine professionelle Beratung		
Arbeitslose und SeniorInnen werden vermehrt im Bildungsbereich gefördert (Bewerbungstraining etc.)		

Leitziel 12: Teilnahmemöglichkeiten an wohngebietsbezogenen Aktivitäten verbessern

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
In den einzelnen Wohngebieten gibt es mehr attraktive Begegnungsräume/-plätze Die vorhandenen Begegnungsräume in den einzelnen Wohngebieten sind attraktiv ausgestaltet Die vorhandenen Begegnungsräume sind für alle BewohnerInnen des Stadtteils geöffnet	➢ Durchführung einer Bestandsaufnahme, um zu klären, wo es welche Räume und Plätze gibt. ➢ Die Nutzbarkeit der Begegnungsräume für bestimmte Anlässe, Personen prüfen (die Nutzbarkeit bezieht sich auf bestehende Räumlichkeiten, die z.B. auf Grund der Brandschutzordnung genutzt oder nicht genutzt werden dürfen). ➢ Eine professionelle Begleitung, z.B. durch Hausmeister, Streetworker, während der Fremdvermietung sicherstellen.	Stadtverwaltung
In den Wohngebieten gibt es für alle Altersgruppen mit und ohne Migrationshintergrund attraktive Freizeitangebote In den Wohngebieten gibt es für alle Altersgruppen mit und ohne Migrationshintergrund attraktive Bildungsangebote Es gibt gemeinsame Spielkreise für Kleinkinder, Eltern und Großeltern mit sozialpädagogischer Betreuung BewohnerInnen sind über die aktuellen Angebote, Aktivitäten in ihrem Stadtteil informiert In den Stadtteilen gibt es attraktive gemeinsame Veranstaltungen für die BewohnerInnen	Bestehende Maßnahmen/Angebote: SPRINT-Projektbüro für Sprache und Integration, Flohmarkt und Frauenprojekte (beide Angebote: Haus der Kirche Herberhausen), „Europatage in Detmold“ (nicht regelmäßig) Ausdehnung der Angebote: SPRINT-Projektbüro für Sprache und Integration, Flohmarkt und Frauenprojekte (beide Angebote: Haus der Kirche Herberhausen) Ergänzende Maßnahmen: ➢ Wohngebietsbezogenes Eventpaket (z.B. „Markt der Möglichkeiten“ - alle Vereine etc. präsentieren sich - Schnuppertage, öffentliche Auftritte, Turniere, Mottoveranstaltungen - z.B. „Tanz für Toleranz“, Jugendzentren usw. bereiten Tänze vor und gestalten einen Wettkampf mit Preisvergabe. Verantwortlich für diese Angebote sind die entsprechenden Institutionen in den Stadtteilen (Wohnungsbaugesellschaften, Familienzentren, Jugendamt, Vertreter von religiösen Gemeinden), die durch professionelle Kräfte, z.B. Stadtteilmanagement, unterstützt werden. ➢ „Abholen“/persönliche Ansprache und Begleitung von BewohnerInnen durch unterschiedliche Akteure (Kirchen, Moscheen, Migrantenselbstorganisationen) und durch das Familien-/ Stadtteilmanagement.	Wohnungsbaugesellschaften, Familienzentren, Jugendamt, Vertreter von religiösen Gemeinden

Leitziel 13: Teilnahmebereitschaft an wohngebietsbezogenen Aktivitäten fördern

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
BewohnerInnen werden durch unterschiedliche Akteure (Kirchen, Moscheen, Migrantenselbstorganisationen) zur aktiven Teilhabe an den attraktiven Angeboten motiviert und unterstützt Personen mit und ohne Migrationshintergrund gestalten attraktive wohngebietsbezogene Aktivitäten	➢ Wohngebietsbezogenes Eventpaket (z.B. „Markt der Möglichkeiten“ - alle Vereine etc. präsentieren sich - Schnuppertage, öffentliche Auftritte, Turniere, Mottoveranstaltungen - z.B. „Tanz für Toleranz“, Jugendzentren usw. bereiten Tänze vor und gestalten einen Wettkampf mit Preisvergabe. Verantwortlich für diese Angebote sind die entsprechenden Institutionen in den Stadtteilen (Wohnungs-baugesellschaften, Familienzentren, Jugendamt, Vertreter von religiösen Gemeinden), die durch professionelle Kräfte, z.B. Stadtteilmanagement, unterstützt werden. ➢ „Abholen“/persönliche Ansprache und Begleitung von BewohnerInnen durch unterschiedliche Akteure (Kirchen, Moscheen, Migrantenselbstorganisationen) und durch das Familien-/Stadtteilmanage-ment	Wohnungsbaugesellschaften, Familienzentren, Jugendamt, Vertreter von religiösen Gemeinden

6.6 *Handlungsfeld 4: Gesellschaftliche Integration und Partizipation/Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben*

Leitziel 14: Es gibt einen regen Austausch zwischen den Glaubensgemeinschaften

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Die unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften sind den jeweiligen anderen Glaubensgemeinschaften bekannt	➢ Veranstaltung von Treffen der Glaubensgemeinschaften zum Kennenlernen der jeweiligen Glaubensgemeinschaften. ➢ Durchführung und Koordination von zukünftigen gemeinsamen Veranstaltungen, einer Plattform- „Ökumene“ der vorhandenen Weltreligionen.	Z.B. landeskirchliche Migrationsbeauftragte/-beauftragter
Die Glaubensgemeinschaften haben offene Angebote	➢ Durchführung von Informationsveranstaltungen über Religionen in unterschiedlichen Institutionen, z.B. Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen, Verwaltungen, Vereinen, Betrieben.	Jede Glaubensgemeinschaft stellte einen „Beauftragten“
Personen mit und ohne Migrationshintergrund nutzen die offenen Angebote der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften	➢ Frauen der Moscheevereine besuchen z.B. die Familienbildungsstätte. ➢ Die Freitags-Frauengesprächsrunde der Moscheevereine laden z.B. gezielt ev. Frauenvereine ein (bilateral). ➢ Die Moscheen laden zum Freitagsgebet (in deutscher Sprache) ein. ➢ Die Kirchen laden zum Sonntagstreffen mit dem (Imam) und moslemischen Familien ein. ➢ Religiöse Unterweisung für ZuhörerInnen anderer Religionen ➢ Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen. ➢ „Tag der Religionen“ - Analog dem Tag der Arbeit wird ein „Tag der Religionen“ gefeiert. Die Idee ist, an einem zentralen Ort in Detmold, wo sich viele Menschen begegnen, z.B. vor dem Rathaus, eine Veranstaltung durchzuführen, auf der sich die Glaubensgemeinschaften mit einem Informationsstand präsentieren. Dadurch besteht zum einen die Möglichkeit, mit anderen Glaubensgemeinschaften in Kontakt zu treten und sich auszutauschen. Gleichzeitig bietet dieser Tag, z.B. ein Samstag im Frühsommer, und der zentrale Veranstaltungsort vielen Menschen, die sich dann in der Stadt aufhalten, ein Forum, sich ungezwungen über die unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften zu informieren und sich auszutauschen (Rahmenprogramm: Musik, Vortrag etc.).	Glaubensgemeinschaften

Leitziel 15: Personen mit Migrationshintergrund nutzen die attraktiven Freizeit- und Kulturangebote

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Die Stadtverwaltung hat ein Interkulturelles Büro für Integrationsangelegenheiten	Herbeiführen eines politischen Beschlusses zur Einrichtung eines Interkulturellen Büros für Integrationsangelegenheiten (IKB) einschließlich der Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der Personal- und Sachkosten. Dabei ist sicherzustellen, dass das Personal des Interkulturellen Büros über die notwendigen interkulturellen Kompetenzen verfügt und dauerhaft arbeiten kann.	Verwaltungsvorstand, Kommunalpolitik
Personen mit Migrationshintergrund sind zu gleichen Anteilen (prozentual) wie Personen ohne Migrationshintergrund Vereinsmitglieder	Es ist eine der Aufgaben des Interkulturellen Büros für Integrationsangelegenheiten (IKB), Maßnahmen zur Zielerreichung zu entwickeln und sich um die Umsetzung zu kümmern.	Interkulturelles Büro für Integrationsangelegenheiten (IKB)
Personen mit Migrationshintergrund nutzen zu gleichen Anteilen (prozentual) wie Personen ohne Migrationshintergrund die Kulturangebote		
Personen mit Migrationshintergrund bieten zu gleichen Anteilen (prozentual) wie Personen ohne Migrations-hintergrund Kulturveranstaltungen an		

Leitziel 16: Das Gesundheitswesen ist auf die Bedürfnisse der Personen mit Migrationshintergrund ausgerichtet

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Die MitarbeiterInnen des Gesundheitswesens haben interkulturelle Kompetenzen	Fortbildungsangebote für z.B. Schwesternschülerinnen, MitarbeiterInnen in Beratungsstellen, KrankenhausmitarbeiterInnen.	Weiterbildungsträger
Personen mit Migrations-hintergrund bringen ihr Wissen in das Gesundheitswesen mit ein	Fachkräfte mit Migrationshintergrund bringen ihr Wissen in ihre jeweiligen Arbeitsbereiche ein.	Arbeitgeber, Institutionen

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Fachkräfte mit Migrationshintergrund werden verstärkt im Gesundheitswesen eingestellt	➢ Anerkennung von ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen durch Nachqualifizierung von zugewanderten Fachkräften aus Gesundheits- und Sozialberufen ➢ Durchführung von (Nach-)Qualifizierungsmaßnahmen	Netzwerk Lippe gGmbH, Bundesagentur für Arbeit, Träger von Qualifizierungsmaßnahmen
Es gibt einen regen Austausch zwischen privaten Initiativen, Selbsthilfegruppen sowie dem professionellen Gesundheitswesen	Es werden wohnortnahe Räume und Gelegenheiten für den Austausch zwischen privaten Initiativen, Selbsthilfegruppen sowie dem professionellen Gesundheitswesen (Zielgruppe Frauen) geschaffen.	Gleichstellungsstelle der Stadtverwaltung
Personen mit Migrationshintergrund kennen die Angebote des Gesundheitswesens/EinwohnerInnen sind über das Gesundheitssystem in Deutschland aufgeklärt	Bestehende Maßnahme: Aufsuchende Informationsarbeit für Frauen in der Muttersprache, Herstellen von persönlichen Kontakten (Projekt Lisa) Ergänzende Maßnahmen: ➢ Muttersprachliches Informationsmaterial bei der Bürgerberatung etc. für Neuankömmlinge in Det mold.	Alraune e.V. Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport) der Stadtverwaltung
Personen mit Migrationshintergrund kennen die Abläufe im Gesundheitswesen	➢ Bringsysteme“ umsetzen - Institutionen/Einrichtungen, die auf Grund ihrer Arbeit und Funktion, wie z.B. Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen, einen engen Kontakt zu Eltern haben, nutzen diesen, um Informationen und Wissen zu erbringen, die die Eltern über das Gesundheitswesen aufklären, statt abzuwarten, bis die Eltern entsprechende Informationen nachfragen. Die Erbringung dieser Informationen und dieser Wissenstransfer sollten nicht beliebig, sondern in ein „Bringsystem“ integriert sein, in dem die Inhalte der Informationen, die Art und Weise der „Überbringung“ etc. dargelegt sind. ➢ Ausstellung zum Gesundheitswesen in der BRD – Analog zur Ausstellung zum Deutschen Bundestag, die im Herbst 2007 im Rathaus gezeigt wurde, könnte über eine Ausstellung, die das Gesundheitswesen der Bundesrepublik darstellt, Aufklärung geleistet werden. ➢ Im Rahmen aller Deutschkurse, die in Detmold angeboten werden, sollten Eltern, die diese Kurse besuchen, hinreichend über das Gesundheitswesen informiert und aufgeklärt werden.	 Alle Anbieter von Deutschkursen in Detmold
Personen mit Migrationshintergrund nutzen zu gleichen Teilen wie Personen ohne Migrationshintergrund das Gesundheitswesen	➢ Durchführung von Projekten in Tageseinrichtungen für Kinder und in der Schule. ➢ Durchführen von Kursen für Mütter (SPRINT-Projektbüro, z.B. zu Zahngesundheit und Ernährung/Übergewicht) ➢ Aufklärung von Flüchtlingen über ihre Möglichkeiten Anmerkung der „Leitzielkleingruppe“: Eine Voraussetzung für die Teilhabe am Gesundheitswesen ist eine Differenzierung nach Zielgruppen (Regionen) und spezifischen Krankheitsfeldern, z.B. Zahngesundheit, Ernährung/Übergewicht. GOE-recherchierte Maßnahme: „Interkulturelle GesundheitsmediatorInnen“ - Interkulturelles Büro der Stadt Bielefeld und Ethno-Medizinisches Zentrum e.V. Hannover	 Potenziell: Interkulturelles Büro für Integrationsangelegenheiten (IKB)

Leitziel 17: Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich in der Kommunalpolitik

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Personen mit Migrationshintergrund sind die kommunalpolitischen Partizipationsmöglichkeiten bekannt	➢ Mehrsprachiges Informationsmaterial zu kommunalpolitischen Partizipationsmöglichkeiten - allgemein und ereignisbezogen. ➢ Durchführung von ortsteil- und sozialraumbezogenen Informationsveranstaltungen und Aktivitäten.	MultiplikatorIn, Stadtverwaltung, Parteien
Personen mit Migrationshintergrund sind über das aktive und passive kommunale Wahlrecht informiert	GOE-Maßnahmeidee: Engagierte KommunalpolitikerInnen mit Migrationshintergrund einladen.	Parteien
Deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund und EU-StaatsbürgerInnen nehmen verstärkt an der Kommunalwahl teil	➢ Intensive Ansprache von SchülerInnen ab 16 Jahren und Motivation zur Teilnahme an den Kommunalwahlen (die Aufklärung über die Bedeutung und Wichtigkeit der Wahlen etc. mit dem Angebot an die SchülerInnen verbinden, sich als WahlhelferIn zu engagieren). ➢ Individuelle Informationsveranstaltungen im Lebensbereich anbieten.	Stadtverwaltung Vereine, Gemeinden unterstützt durch die Stadtverwaltung
Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich in politischen Parteien		
Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich in Initiativen/Bewegungen mit kommunalpolitischen Bezügen	➢ Projekte anbieten, die an der Lebenswelt der Personen mit Migrationshintergrund anknüpfen. ➢ Direkte Ansprache, Einladung zur Mitarbeit durch die Parteien, Gremien usw.	Parteien, Initiativen/Bewegungen mit kommunalpolitischen Bezügen, kommunalpolitische Gremien (sachkundige BürgerInnen, Beiräte, SVD etc.)
Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich in verschiedenen kommunalpolitischen Gremien (sachkundige BürgerInnen, Beiräte, SVD etc.)	GOE-Maßnahmeidee: ➢ Engagierte KommunalpolitikerInnen mit Migrationshintergrund einladen. ➢ Interessen der Migrantenselbstorganisationen miteinbeziehen.	Parteien Migrantenselbstorganisationen
KommunalpolitikerInnen gehen aktiv auf Personen mit Migrationshintergrund zu	Siehe obige Teilziele	Siehe obige Teilziele

6.7 Handlungsfeld 5: Interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung

Leitziel 18: Die Stadtverwaltung ist auf die Lebenslagen ihrer EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund ausgerichtet

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Die Stadtverwaltung stellt aufgrund der Potenziale vermehrt EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund ein	Herbeiführen eines politischen Beschlusses zur vermehrten Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund bei wiederzubesetzenden Stellen in der Stadtverwaltung.	Fachbereich 1 (Zentrale Aufgaben) der Stadtverwaltung
MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung gehen auf den höheren Informations- und Beratungsbedarf der EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund ein	➢ Zurverfügungstellung von mehr Personal für die Bereiche mit hohem Publikumsverkehr und Beratungsbedarf (z.B. Bürgerberatung, VHS, Jugendamt). ➢ Veränderung der Personalpolitik der Stadtverwaltung, die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung stärker in den Mittelpunkt der Personalpolitik rückt und dadurch eine andere Wertigkeit erfährt.	Bürgermeister, Kommunalpolitik
MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung akzeptieren die BRD als Einwanderungsland	Festsetzen der Vorgabe durch den Arbeitgeber, dass die BRD Einwanderungsland ist. Das heißt, dass sich das Verhalten der MitarbeiterInnen dementsprechend verändern muss, indem z.B. im Rahmen der Beratung der Ausländerbehörde offensiv alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Personen mit Migrationshintergrund in Integrationskurse zu vermitteln oder verstärkt mit anderen Akteuren kommuniziert und kooperiert wird, um eine gelungene Integration (Verbleiben in der BRD) zu erreichen.	Verwaltungsvorstand, Kommunalpolitik
MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung haben umfangreiche interkulturelle Kompetenzen	➢ Entwicklung und Umsetzung eines Fortbildungskonzeptes zur interkulturellen Kompetenz einschließlich einer Bedarfsanalyse nach Aufgabenfeldern/Fachbereichen (wer braucht was an Fortbildung). ➢ Verpflichtung der MitarbeiterInnen zur Teilnahme an den Fortbildungsmaßnahmen ➢ Verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der Fortbildung mit Migrantenselbstorganisationen ➢ Recherche nach vorhandenen erfolgreichen Fortbildungen/Fortbildungskonzepten in anderen Kommunen (GOE-Maßnahmeidee)	Verwaltungsvorstand, Kommunalpolitik
Die Stadtverwaltung hat ein Interkulturelles Büro für Integrationsangelegenheiten	Herbeiführen eines politischen Beschlusses zur Einrichtung eines Interkulturellen Büros für Integrationsangelegenheiten (IKB) einschließlich der Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der Personal- und Sachkosten	Verwaltungsvorstand, Kommunalpolitik

Leitziel 19: Verbesserung des Zugangs von EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund zur Stadtverwaltung

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund sind über die Leistungen, Hilfen, Angebote der Stadtverwaltung und über die entsprechenden Zuständigkeiten informiert	➢ Bereitstellung von muttersprachlichem Informationsmaterial über Zuständigkeiten und Abläufe in der Stadtverwaltung, über die Inanspruchnahme von Hilfen und Leistungen und über verwaltungsexterne Beratungsstellen etc.	Fachbereich 1 (Zentrale Aufgaben) der Stadtverwaltung - Öffentlichkeitsarbeit
EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund sind über die Abläufe/Verfahren in der Stadtverwaltung informiert	➢ Bereitstellung von muttersprachlichem Informationsmaterial zu Schwerpunktthemen (z.B. Frauen, Zuwanderungsrecht, Einbürgerung, Sprachkurse). ➢ Präsenz von MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung im Stadtteil/Sozialraum. ➢ Im Rahmen aller Deutschkurse sollten die TeilnehmerInnen über die Leistungen, Hilfen, Angebote der Stadtverwaltung und die Abläufe informiert und aufgeklärt werden.	Rat der Stadt Alle Anbieter von Deutschkursen
EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund sind über ihre Rechte und Pflichten (SGB II, III, VIII etc.) aufgeklärt		
Die Formulare, Schreiben, Bescheide etc. der Stadtverwaltung sind verständlich gestaltet und formuliert	Kooperation mit einer Hochschule (z.B. Fakultät für Linguistik) oder einer anderen Institution, um die Schreiben, Bescheide etc. der Stadtverwaltung verständlich zu formulieren und zu gestalten.	Fachbereich 1 (Zentrale Aufgaben) der Stadtverwaltung

Leitziel 20: Konstruktive Kommunikation und Kooperation der Verwaltung mit verwaltungsexternen Akteuren

Teilziel	Maßnahme	Verantwortlich
Zwischen den einzelnen Akteuren werden bessere Absprachen getroffen (Stadtverwaltung, Fachbereiche, Parteien, Vereine, Verbände, Kirchen/Moscheen, MSOs etc.)	Etablierung eines Gremiums, in dem die im Rat vertretenen Fraktionen, MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung und die Migrantenselbstorganisationen Detmolds vertreten sind. Dieses Gremium hätte u.a. die Funktion, im Sinne eines Qualitätsmanagements den Integrationsprozess in Detmold kritisch zu begleiten.	Verwaltungsvorstand, Kommunalpolitik

7 Anhang

Institutionen, Organisationen, Einrichtungen etc., die an den Workshops teilgenommen haben

1. Afghanischer Kulturverein
2. Agentur für Arbeit Detmold
3. Antifaschistischer Arbeitskreis Detmold
4. August-Hermann-Francke-Schule
5. Mitglieder des Ausländerbeirats der Stadt Detmold
6. AWO-Kindertagesstätte Zauberland
7. AWO Kreisverband Lippe e.V.
8. Bündnis 90/Die Grünen-Ratsfraktion
9. Bachschule
10. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Regionalstelle Bielefeld
11. CDU-Ratsfraktion
12. Christlicher Schulförderverein Lippe e.V.
13. Christlicher Sportverein Lippe (CSL)
14. Deutsch-Französische Gesellschaft
15. Deutscher Kinderschutzbund
16. Deutsch-Italienische Gesellschaft
17. Diakonisches Werk der Lippischen Landeskirche e.V.
18. Dietrich-Bonhoeffer Berufskolleg Detmold
19. Diyanet Türkisch Islamische Kulturgemeinde e.V.
20. DRK-Kreisverband Lippe e.V.
21. EF Gemeinde Detmold Nord
22. ESTA-Bildungswerk gGmbH
23. Europa-Union Lippe
24. Ev. Freie Gemeinde Herberhausen
25. Evangelische Freikirche Detmold Heidenoldendorf
26. Ev. ref. Kirchengemeinde Detmold-West
27. Ev. Kita Heiligenkirchen Familienzentrum
28. FDP-Ratsfraktion
29. Felix-Fechenbach-Berufskolleg Detmold
30. Förderverein der VHS Detmold e.V.
31. Frauenberatungsstelle Alraune e.V.
32. Frauenstudien Universität Bielefeld
33. Freie evangelische Hauptschule
34. Freiwilligenagentur der Bürgerstiftung Detmold
35. Freundschaft-Druschba e.V.
36. FWG-Ratsfraktion
37. Geschwister-Scholl-Gesamtschule
38. GLIP (Gemeinsam leben in Lippe e.V.)
39. Grundschule Hakedahl
40. Haus der Kirche Herberhausen
41. Heimat- und Verkehrsverein Pivitsheide VL e.V.
42. IHK Partner / Glip (Gemeinsam leben in Lippe e.V.)
43. Institut für Bildung & Coaching
44. Islamisches Kommunikationszentrum Detmold e.V.
45. Jusos Detmold
46. Kita Gretchenstraße der Fürstin-Pauline-Stiftung
47. Kita Morgenstern der Fürstin-Pauline-Stiftung
48. Kreis Lippe, Ausländer- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
49. Kreis Lippe, Selbstlernzentrum
50. Kreispolizeibehörde
51. Kulturbrücke e.V.
52. Landestheater Detmold
53. Mosaik e.V.
54. Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte
55. Netzwerk Lippe gGmbH
56. Ortsvorsteher, Detmold Süd
57. Ortsvorsteher, Heidenoldendorf
58. Osmanisches Museum Europa

59. Pädagogische Praxis Perspektive
60. Parea gGmbH
61. Pari Sozial gGmbH
62. Pastoralverband Detmold, kath. Kirchengemeinde
63. Paulines Töchter e.V.
64. Sahle Wohnen
65. secundus gGmbH
66. SOS-Berufsausbildungszentrum
67. SPD-Ratsfraktion
68. SPRINT-Projektbüro für Sprache und Integration des Fördervereins der VHS Detmold e.V.
69. Stadt Detmold Bürgermeister
70. Stadt Detmold Fachbereich 1 (Zentrale Aufgaben)
71. Stadt Detmold Fachbereich 2 (Jugend und Soziales)
72. Stadt Detmold Fachbereich 3 (Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr u. Rettungsdienst)
73. Stadt Detmold Fachbereich 4 (Schule, Bildung und Sport)
74. Stadt Detmold Fachbereich 6 (Stadtentwicklung)
75. Stadt Detmold Fachbereich 8 (Kultur, Tourismus und Marketing)
76. Stadt Detmold Gleichstellungsstelle
77. Stadt Detmold Volkshochschule
78. Städt. Kita Rolli Raupe
79. Verein für interkulturelle Förderung ausländischer Jugendlicher e.V.